

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Altestraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Vom Kriegsschauplatz Nordwest

Die Industriellen in der Sackgasse — Vermittlungsversuch des Regierungspräsidenten

Düsseldorf, 15. November.

F. K. Die Lage ist im großen ganzen noch wie zu Beginn der Aussperrung. Im Gebiete Nordwest stehen noch immer 213 000 Arbeiter auf der Straße. Sie erhalten indessen Tag für Tag Zugang von Werken, die wegen Rohstoffmangel den Betrieb einstellen müssen. In diese Lage kommen immer mehr Fabriken der Randgebiete. Genaue Zahlen über die neuerdings zur Arbeitsruhe gezwungenen Leute sind noch nicht vorhanden. Man weiß nur, daß die Zahl der Feierschichten im Vergleich, die im vorigen Monat 7000 täglich betrug, auf 31 000 gestiegen ist. Das Mehr der Feierschichten entfällt fast ganz auf die Hüttengruben. Dann wird die weiterverarbeitende Eisenindustrie im Regierungsbezirk Aachen gleichfalls stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach amtlicher Angabe liegen nicht weniger wie 70 Stilllegungsanträge beim Regierungspräsidenten vor, im Regierungsbezirk Düsseldorf dagegen bis jetzt zehn. Zu diesen Mitteilungen kommt die Kunde, daß in der märkischen Eisenindustrie gestern 40 000 Arbeitern auf den 30. November gekündigt worden sei, weil die Unternehmer vorgeben, die von den Gewerkschaften verlangte Lohnerhöhung von 80 auf 84 % die Stunde nicht tragen zu können.

Alle diese Meldungen haben keinerlei Wirkung auf die Stimmung der ausgesperrten Eisenarbeiter von Nordwest. Ihre Haltung ist wider Erwarten einheitlich und besonnen. Hier stimmen alle Berichte und jeder Augenblick überein. Sie folgen alle, auch die Unorganisierten, den Weisungen der Gewerkschaften. Die sogenannte Opposition oder die selbsttätigen Wortführer der — „Organisation der Unorganisierten“ haben hier und dort einen Anlauf zum Vordringen gemacht. Daß sie damit weit gekommen seien, läßt sich beim besten Willen nicht behaupten. Der offensichtliche Mißerfolg hat es ihnen, wie man wohl annehmen darf, rasch erscheinen lassen, gleichfalls Feierschichten einzulegen. Jedenfalls sind die Versammlungen der organisierten Aussperrten äußerst stark besucht und verlaufen vorzüglich. Der Eindruck, den man in den Versammlungen von der Stimmung und Haltung bekommt, kann nicht besser sein. Das moralische Ansehen der Gewerkschaften ist zweifelsohne mächtig gestiegen. Das ganze Heer der Aussperrten blüht betriebsvoll zu den Gewerkschaften empor und lehnt sich an sie einheitlich bei diesem Konflikt an.

Bei einem Kampf von solchem Umfang und Dauer ist es natürlich nicht zu vermeiden, daß allerhand Gerüchte in Umlauf kommen. Daran wird die Unternehmenseite nicht unschuldig sein. Man läßt geistig durchblicken, daß der Zulauf von Arbeitswilligen beträchtlich zunehme, die sich um jeden Preis anböten. Wo die Gewerkschaften den Gerüchten auf den Grund gingen, stellte sich ihre Unrichtigkeit heraus. In ein paar Fällen sind Teile von Belegschaften an der Arbeit gefunden worden. Sie sind aber dann auf proletarische Art auf die Unschicklichkeit ihres Unterfangens aufmerksam gemacht worden, was nicht ohne Erfolg blieb. Natürlich gibt es auch eine zunehmende Zahl von Fällen, wo die Unternehmer selbst ihre Leute wieder in die Betriebe rufen und ihnen, sei es die Lohnsätze des Schiedsspruches vom 26. Oktober zahlen oder die Zahlung nach Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts verbürgen. Das bedeutet nichts Geringeres, als das Aufgeben des Standpunktes der Scharfmacher der nordwestlichen Unternehmergruppe. Daß dieser Standpunkt, auf den ja die Aussperrung zurückzuführen ist, in immer mehr Fällen aufgegeben wird, dafür sprechen die Anzeichen. Ein beträchtlicher Teil der Industriellen steht unter rasch wachsendem Druck. Zahlreiche Aufträge können nicht ausgeführt werden, neue Kunden lassen sich vom ausländischen Wettbewerb belästigen und die Aussicht schwindet, die verlorenen Abnehmer wieder zu bekommen. Und all dies, ohne etwelche Gewissheit zu haben, wann dieser verlustreiche Zustand beendet wird oder ob das Endurteil in dem Streit um den Schiedsspruch den Unternehmern einen Vorteil bringt, der in irgendeinem Verhältnis zu dem gewaltigen Verlust von Aufträgen und Kunden steht.

Aber es sind nicht die Fabrikanten der weiterverarbeitenden Industrie allein, denen der Schuh auf beiden Seiten drückt. Die Hüttenbarone zählen gleichfalls zu den Leidtragenden. Die Martinöfen müssen sämtlich neu aufgemauert werden, die Hochöfen, obwohl gedämpft, verlangen ständig Vorräte und werden reparaturbedürftig. Außerdem die gewaltige Einbuße durch die Stilllegung der Hütten. Nicht nur das. Die öffentliche Meinung ist ganz allgemein und stark gegen die Urheber dieser einfach unsinnigen Aussperrung. Sie werden viele Jahre brauchen, um ihr moralisches Kapital, ohnehin sehr armselig geworden, wieder etwas zu erhöhen. Den moralischen Verlust werden die Scharfmacher zu spüren bekommen, wenn sie wieder Preiserhöhungen oder Eisenzölle fordern. Denn wie kann man einer Industriellen-Schaft durch Zölle und Preiserhöhungen, also Vorteile auf Kosten der Verbraucher zugestehen, die ihr Kapital wie ihre Einnahmequelle durch sinnlose Stilllegungen verschüttet? Es wäre eine Vorzeit sonderbar, solchen Unternehmern Vorteile zu gewähren, die sie durch straffällige Unsinnigkeiten, wie Aussperrungen, in den Wind schlagen. Schließlich kann man von einer Verbraucherschicht nicht erwarten, daß sie für alle Zeiten für wirtschaftliche Umwälzungen opfert.

Solche Erwägungen werden natürlich auch im Unternehmerlager angestellt. Dort macht sich der Drang nach Beendigung dieser absolut sinnlosen Aussperrung bemerkbar. Dafür haben die Gewerkschaften deutliche Hinweise bekommen. Je mehr sich

diese mehrten, desto mehr mußte man sich auf irgendeinen Vermittlungsversuch gefaßt machen. Anlaß genug für die verantwortlichen Gewerkschaften, einen solchen Versuch ernstlich zu erwägen. Noch ehe man damit richtig zu Ende war, kam vom Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Herrn Bergemann, die Einladung zu einer Sitzung. Die Einladung konnte bei den Gewerkschaften ausschweifende Hoffnungen nicht entfachen. Denn man darf nicht außer acht lassen, daß sich die Unternehmergruppe heillos in eine Sackgasse verrennt hat, aus der Industrielle von dem Schwerkrieg der deutschen Hüttenherren herauszuführen, keineswegs leicht ist. Dessenungeachtet brauchte man den Gedanken nicht aufzugeben, einen Faden zu schürzen, an dem diese ebenso schwergewichtigen wie hochbeinigen Industriellen aus dem selbstgewählten Engpaß herauszuführen. Immerhin muß das mit Vorsicht geschehen, soll der Faden nicht gerissen sein, ehe er geknüpft ist. Der Regierungspräsident, der Schwierigkeit seines Beginns bewußt, labete die Parteien einzeln ein, um eine Grundlage für eine Verständigung herauszufinden. Die Gewerkschaften wurden zum ersten Male am 13. November in das Regierungsgebäude zu Düsseldorf geladen. Das gleiche war am 14. und am 15. November der Fall. Am letzten Tage war der Reichsarbeitsminister Wiffel selbst anwesend, um eine Beilegung des Konfliktes zu versuchen.

Die Stellung der Gewerkschaftsvertreter bei diesen Verhandlungen war etwa die folgende: Die Gewerkschaften haben die Aussperrung weder verursacht noch gewünscht. Sie waren und sind der Meinung, daß die Aussperrung ebenso trivial wie unnötig vom Unternehmernstandpunkt war. Folgedessen sind die Gewerkschaften für Wiederaufnahme der Arbeit. Eine Verzögerung vermehrt die wirtschaftlichen Verluste in geometrischer Steigerung, was einen Wiederausgleich der Schäden erheblich erschwert. Darum sind die Gewerkschaften für Wiederaufnahme der Arbeit. Der gleichen Meinung ist, nach den oben angeführten Gründen leicht verständlich, ein Teil der Unternehmer ebenfalls, denn sie können nicht warten, bis das Reichsarbeitsgericht über den Schiedsspruch endgültig entschieden hat. Das könnte mindestens vier Wochen dauern. Die Frage ist nur, unter welchen Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Um diese Sache dreht sich die Aussprache, die, wie gesagt, beide Parteien getrennt voneinander mit dem Regierungspräsidenten Bergemann pflegen. Über diese Bedingungen wird von beiden Seiten beraten. Ob der Vermittlungsversuch gelingt, ist schwer zu sagen. Immerhin ist der Faden geknüpft, aber er ist dünn, sehr dünn.

Das Urteil der ersten Instanz

Duisburg, 12. November.

F. K. Es ist noch nicht richtig Tag und es tröpfelt unausgesetzt durch das dicke vernebelte Wolkenfeld. Dessenungeachtet steht schon ein Klumpen Menschen vor dem Landgericht zu Duisburg, um ja Zutritt zu erhalten zu der Verhandlung um den Schiedsspruch für die Eisenindustrie. Auch im Innern des großen Gebäudes geht es schon sehr lebhaft zu. Man hört die Gerichtsdiener dundernd fragen: Wo ist der Prozeß? In dem Gerichtssaal sind die Zuschauerbänke voll. Immer mehr Leute kommen herein. Noch mehr Stühle werden herbeigebracht. Selbst die sonst den Geschworenen dienenden Bänke sind ganz besetzt. Auf diesen Bänken gewahrt man Vorstandsmitglieder, die Bezirksleiter der drei Metallarbeiterverbände, darunter unsere Kollegen Ost-Stuttgart und Wolf-Essen. Der Rundblick findet leicht heraus, daß die Mehrzahl der Anwesenden der Gewerkschaftsbewegung angehört, zu denen sich noch ausgesperrte Eisenarbeiter gesellen. Nicht gering ist auch die Anteilnahme der Juristerei. An der Lure preßt sich ein Haufen Rechtsanwälte im Bürgerrock oder Dienstoff. Ein langer Tisch ist von Vertretern der Presse besetzt.

Vor dem Tisch des Gerichts sitzen vor einem Pult die Vertreter der drei belagten Metallarbeiterverbände, unser Kollege Otto Eichler, dann von den christlichen Kollegen Herr Herrschel und von dem Christlich-Deutschen Verband der Kollege Jagenhofen. Daß bei diesem Prozeß, der geschichtliche Bedeutung hat und dessen Ausgang von ungeheurer Tragweite sein wird, ungelernte Anwälte die Sache beider Prozeßparteien vertreten, ist es, was die außergewöhnliche Anteilnahme der Juristerei erklärt. An einem anderen Pult befinden sich die Vertreter der Schwerindustrie von Nordwest, Dr. Grauer und Raabe.

Der Saal ist mit Spannung geladen. Für die allermeisten scheint über den Ausgang der Verhandlung kaum ein Zweifel zu bestehen: Das Urteil kann nur günstig für die belagten drei Gewerkschaften sein. In die Darlegung der Gründe für diese Auffassung werden von ein paar kundigen Zuhörern Bedenken gestreut, Bedenken, die von der sozialpolitischen Grundeinstellung des Gerichtsvorstandes und noch anderen Dingen entfaßt werden.

Um 9 Uhr erscheinen die fünf Richter des Arbeitsgerichts: der Amtsgerichtsrat Kögel mit dem Beisitzer Professor Hoffmann und Betriebsleiter Herrfurth von der Unternehmenseite und dem Schlosser Faling und Frajer Lehnagen von der Gewerkschaftsseite. Der Vorsitzende weist auf die Bedeutung der Prozeßlage hin. Dann macht er pflichtgemäß einen Schönerbruch. Der Vertreter der Unternehmung, Grauer, ist nur dann zu einem Vergleich bereit, wenn die Gegenseite nicht auf dem Schiedsspruch besteht — die Gegenseite erklärt durch ihren Vertreter Eichler, daß davon aus höherwertigen Gründen keine Rede sein kann. Woran in die Verhandlung eingetreten wird.

Anstatt die langen Darlegungen der Prozeßbeteiligten wiederzugeben, sei in knapper Form angeführt, um was es sich bei diesem Prozeß im Grunde genommen handelt:

Der am 26. Oktober gefällte Schiedsspruch für die Eisenindustrie wurde am 31. Oktober vom Reichsarbeitsminister Wiffel für

verbindlich erklärt. Der Schiedsspruch gewährt den Stundenlöhnern eine Zulage von 6 %, den Affordlöhnern eine Zulage von 2 % die Stunde. Am Tage nach der Verbindlichklärung des Schiedsspruches wurden die 14 Tage vorher gekündigten Eisenarbeiter tatsächlich entlassen. 213 000 Arbeiter sind seitdem unfreiwillig arbeitslos, die ganze Hüttenindustrie mit den weiterverarbeitenden Fabriken der Gruppe Nordwest liegen still. Die Industriellen erklären, zu der Massenentlassung gekommen zu sein, weil ihre Werke die Lohnzulage nicht zu tragen vermöchten; die Stilllegung der ganzen Hüttenindustrie sei herbeigeführt worden, um die Hüttenindustrie — rentabel und lebensfähig zu halten.

Zu diesen wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen fügten die Industriellen den Rechtsstreit. Sie erklären, der verbindlich erklärte Schiedsspruch sei ungültig aus formalen und materiellen Gründen. Über diesen Rechtsstreit, und nur über diesen sollte das Arbeitsgericht von Duisburg entscheiden. Dieser Rechtsstreit aber erhält seine gewaltige Bedeutung zunächst dadurch, daß 213 000 Arbeiter mit ihrem Brot und Lohn daran beteiligt sind, im weiteren dadurch, daß von dem Ausgang des Streites unendlich viel für das staatliche Schlichtungswesen abhängt. Mit vollem Recht wird dieser Streit als Versuch angesehen, das Schlichtungswesen zu beseitigen.

Welches sind nun die (hauptsächlichen) Gründe, die die klagende Partei, der Verband der nordwestlichen Unternehmergruppe, gegen den Schiedsspruch anführt? Der formale Grund: Der Schiedsspruch sei nur mit der Stimme des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses gefaßt, was unzulässig sei, da nach der Schlichtungsordnung er nur durch eine Mehrheit gefaßt werden dürfe.

Der materielle Grund: Der Schiedsspruch gewähre den Affordarbeitern 2 % Zulage. Die Bezahlung der Affordarbeit aber sei in dem noch bestehenden Manteltarif vorgelesen. Somit bedeute der Schiedsspruch einen Einbruch in ein bestehendes Rechtsverhältnis und sei darum ungültig.

Demgegenüber führten die Vertreter der belagten Gewerkschaften an, daß man gar nicht sagen könne, daß gerade dieser Schiedsspruch nur mit der Stimme des Vorsitzenden eines Schlichtungsausschusses oder Kammer gefaßt sei, daß ja Beratung und Abstimmung dieser Schlichtungsstellen gegeben sei und für sie Schlichtungspflicht bestehe. Im übrigen seien Hunderte von Schiedssprüchen durch den Vorsitzenden allein gefaßt worden, in dem Bereich der Nordwestgruppe an die sieben. Dessenungeachtet sei es noch niemals der Unternehmenseite eingefallen, diese Tatsache als Anfechtungsgrund zu benutzen. Wenn das Arbeitsgericht diesen Grund gelten lassen wolle, so bedeute das eine Ungültigmachung der Hunderte von Schiedssprüchen, die nur mit der Stimme des Vorsitzenden gefaßt worden sind. Es könne dies einen tariflosen Zustand für eine Menge von Gewerben oder Betrieben bringen, weil alle diese Schiedssprüche dann ja ungültig seien. Schließlich des materiellen Anfechtungsgrundes der Kläger führten die Vertreter der Gewerkschaften an, daß die 2 % Zulage für die Affordarbeiter keinen Einbruch in den Manteltarif darstelle, weil dieser nur den Rahmen für das Arbeitsverhältnis der Affordarbeiter mit den Löhnen enthalte, aber nichts über den eigentlichen Inhalt des Rahmens bestimme. So gut wie man trotz des Manteltarifs den Affordarbeitern Kinderzulagen, Deputatsleistungen u. dergl. mehr gewähre, könne man ihnen innerhalb des Rahmens des Manteltarifs natürlich auch 2 % Zulagen gewähren. Im Rahmenvertrag sei lediglich eine Verfahrensvorschrift; er lege nur die Berechnungsart der Löhne fest, nicht aber ihre Höhe. Diese bestimme der Tarif, der Löhne wie Zulagen festsetze und ergänze. Überdies belege eine Protokollnotiz der Vereinbarung vom 10. Dezember 1927 über die Frage der Affordberechnung ausdrücklich: „Der Antrag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bedeutet nichts weiter als die Anwendung des Artikels IX im Rahmenvertrag auf den in diesem Verfahren festzusetzenden Lohn.“ Schließlich sei der Schiedsspruch durch die Verbindlichklärung durch den Minister ein Hoheitsakt des Staates, der nicht durch eine gerichtliche Entscheidung ganz oder teilweise aufgehoben werden könne.

Das sind, in ein paar Sätze gepreßt, die Gegenstände, die der Anwalt des DAV, der Kollege Eichler recht wirksam vortrug. Nicht weniger wirksam tat es Herr Herrschel, der Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, und der Kollege Jagenhofen von dem Christlich-Deutschen Verband.

Mit äußerst gespannter Aufmerksamkeit hatte der dicht gefüllte Saal die Darlegungen der Anwälte beider Seiten verfolgt. An den Gesichtern der Zuhörer ließ sich erkennen, daß sie sich bemüht waren, daß hier um sehr Wichtiges gerungen wurde. Eine gespannte und, wie man wohl sagen kann, eine interessantere Teilnehmerzahl hat noch kein Prozeß gesehen. Das gilt auch für die Anwesenheit der Bank, die sich neben dem Pult der Unternehmernanwälte erhob.

Nur vor der Mittagsstunde zog sich das Arbeitsgericht zur Beratung und Urteilsfindung zurück. Im Saale bilden sich schnell Gruppen, die die Art des zu erwartenden Urteils lebhaft erörtern. Die große Mehrheit meinte, daß die Unternehmer mit der Klage abgewiesen und der Schiedsspruch durch das Urteil fester erhärtet werde. Einige Zweifelsüchtige werfen allerdings dahingehend, so ganz sicher sei das nun noch nicht gerade in Anbetracht der Tatsache, daß die Unternehmer sich ausgerechnet das duisburger Arbeitsgericht mit seinem Vorstandes ausgesucht hätten.

Für die Urteilsfindung in einer dermaßen weittragenden Sache hatte man mindestens zwei Stunden für unerlässlich gehalten, auch die Meinung wurde vertreten, daß vor Abend das Urteil schwerlich zu erwarten sei. Zu aller Überraschung erschien das Gericht schon um 1 Uhr wieder im Saal. Noch ehe alle Zuhörer ihre Plätze wieder eingenommen hatten, begann der Vorsitzende, der Amtsgerichtsrat Kögel, das Urteil unter nicht mehr steigungsfähiger Spannung zu verlesen. Es ist kurz:

Es wird festgestellt, daß ein Tarifvertrag auf Grund des gefällten Schiedsspruches vom 26. Oktober nicht besteht. Die Kosten des Verfahrens haben die Belagten zu tragen. Sie betragen 500 M. Das Wertobjekt des Rechtsstreites ist auf eine Million Mark angesetzt.

Allgemeine Verblüffung. Wie — — —? Lautlose Stille trat indessen gleich wieder ein. Alle Ohren wurden gespitzt, um die Be-

gründung dieses einfach unbegreiflichen Urteils zu vernehmen. Die Gründe —! Nach ein paar Sätze des Gerichtsprotokolls, aus denen die Worte: „Schiedsspruch sowohl in materieller wie formeller Hinsicht ungültig“ herausklagen. Dann war es mit der Begründung schon zu Ende. Es wurde noch auf die spätere schriftliche Begründung des Urteils verwiesen. Damit war das Urteil in erster Instanz gefällt.

Der Rechtsstreit ist, was wohl nicht betont zu werden braucht, indessen noch nicht zu Ende. Er wird, wie es in der gleich veröffentlichten Erklärung der drei Metallarbeiterverbände heißt, bis zum höchsten Gericht durchgefochten werden. Ob durch Berufung an das Landesarbeitsgericht oder durch Sprungrevision an das Reichsarbeitsgericht, wird sich erst bestimmen lassen, wenn die schriftliche Begründung vorliegt, was am 15. oder 16. November der Fall sein kann. Da es sich bei diesem Rechtsstreit um das Schlichtungswesen wie um das Ansehen des demokratischen Staates handelt, muß die Prüfung der Art der Weiterführung des Prozesses reiflich erwogen werden. Das Urteil der ersten Instanz hat, wie leicht verständlich, weder etwas an dem Kampfe in der Eisenindustrie noch an der durch den Schiedsspruch vom 26. Oktober geschaffenen Rechtslage geändert.

Die Aussperrung vor dem Reichstag

Unser Vorsitzender, Kollege Brandes, begründete im Reichstag die Unterhaltungsanträge der Sozialdemokratischen Partei und hielt dabei eine gründliche Abrechnung mit den Hüttenbaronen. Seiner Rede entnehmen wir folgendes:

Der Abgeordnete Herr Florin hat eine Reihe falsche Behauptungen gegen die Gewerkschaften aufgestellt. Die Aussperrungen werden ja selbst zu entscheiden haben, ob es zu verurteilen ist, daß in diesem Augenblick, wo die Gewerkschaften und die Arbeiterorganisationen im heftigsten Kampfe mit dem Gegner stehen, dieser Kampf, soweit er von den Unternehmern geführt wird, durch das Vorgehen der Kommunistischen Partei unterstützt wird.

Mit Recht hat der rücksichtslose Gewaltkampf, den die Herren von der Industrie gegen die Arbeiter und den Staat führen, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus in diesen Novembertagen die Öffentlichkeit übertraf und empört. Es ist doch ein unerträglicher Zustand für ein denkendes Volk und für einen Rechtsstaat, daß eine Handvoll Kapitalisten in der Lage sind, Hunderttausende auf die Straße zu werfen, sie, mit den Angehörigen einer Million Menschen, brotlos zu machen — und diese, die sich von Tag zu Tag, wenn die Aussperrung fortgesetzt wird — und damit nicht nur einzelne Gemeinden, sondern ganze Landesteile, ja bei noch längerer Dauer den ganzen Staat auf außerster Gefahr — nur deshalb, weil der Staat, um Frieden zu stiften, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen einen Schiedsspruch zum Gesetz erhebt, der nicht etwa die Arbeiter befriedigt, der aber gegen den Willen der Industriekapitalisten erfolgt war. Es herrscht deshalb in diesem größten deutschen Industriegebiet, in dem in den letzten Jahren mit aller Kraft daran gearbeitet worden ist, den Wiederaufbau der zerrütteten Wirtschaft zu erreichen, eine Kampfsituation, wie sie in den Jahren 1923/24 vorhanden gewesen ist. Bei dieser Erschütterung der Gesamtwirtschaft geht es um die Herrschaft des Staates. Es handelt sich um Vorgänge, die über den Rahmen dieses Sozialkonflikts weit hinausgehen.

Der Schiedsspruch des Oberlandesgerichts rats Jötten hat den Arbeitern, die trotz außerordentlich schwerer gesundheitlicher Gefährdung zu einem erheblichen Teile noch die jämmerlichsten Löhne haben, eine Lohnaufbesserung gebracht, die weit hinter dem zuzurechnenden, was die Gewerkschaften und die Arbeiter gefordert haben. Diese Löhne sind bis zum 30. April 1930, also an 1 1/2 Jahre festgelegt worden. Sie dürfen mir glauben, daß es keine leichte Entscheidung für die beteiligten Arbeiter und ihre Organisationen war, einen solchen Spruch anzunehmen. Wenn es geschehen ist, dann nur, um die ungenügende wirtschaftliche Ernährung zu vermeiden, die ein solcher Mißstand mit sich bringen mußte.

Die Unternehmer kummerte diese Erschütterung keineswegs. Sie kletterten den Hüttenkampfs ein, obwohl durch die Verbindlichkeitsklärung ein neues Tarifrecht geschaffen war. Sie machten damit den Kampf zu einem Generalangriff gegen das ganze Schlichtungswesen und sie verporteten die Autorität der Reichsgewalt durch die Aufhebung des Hoheitsakts, der durch den Reichsarbeitsminister ausgesetzt worden war. Herr Egerwald hat den Nachweis geführt, daß der 50-Millionen-Fonds eigentlich lebendig zu dem Zwecke geschaffen worden ist, das Reichsarbeitsministerium, diese verhasste Einrichtung des Reiches der Nachkriegszeit, zu zerkleinern.

Nachdem die Öffentlichkeit jetzt geschlossen das frivole Treiben der Unternehmer beurteilt, versuchen sie, die rechtlichen Grundlagen des Schiedsspruchs zu beseitigen. Es ist bezeichnend für die Stellung der Unternehmer, daß sie einen Spruch, der nur vom Vorsitzenden gefällt ist, als ungesetzlich bezeichnen, obwohl dies hundert von Malen geschehen ist, und zwar immer mit Wissen und Willen der Unternehmer, die niemals gegen ein solches Verbrechen Widerstand erhoben haben. Es ist ferner bezeichnend, daß sie die im Schiedsspruch vorgegebene Zulage für die Affordarbeiter jetzt für ungesetzlich erklären, obwohl diese Zulagen gerade auf Verlangen der Unternehmer in die früheren Schiedssprüche aufgenommen sind, weil sie bei der Unterzeichnung der Affordpreise keine Schwierigkeiten haben wollten. Auf ihr Verlangen also sind diese Zulagen in die Schiedssprüche hineingekommen, und auf ihr Verlangen sind solche Schiedssprüche für verbindlich erklärt worden.

Als auch dieser Einwand gegen den Schiedsspruch öffentlich zerlegt wurde, ist ein neuer und sehr gefährlicher Moment entstanden: es besteht überhaupt kein Arbeits- und Rechtsverhältnis mehr, denn die Arbeiter seien ja entlassen. Am gleichen Tage aber wurde jenes Rundschreiben an alle Metallindustriellen in Deutschland verschickt, in dem die Einstellungssperre über die entlassenen Arbeiter verhängt wurde.

Das bedeutet das Verbot der Einstellung der entlassenen Arbeiter in irgendeinem anderen Betrieb Deutschlands, so daß das mühsel ausgeperrte Arbeiter, denen die Arbeitslosenunterstützung entzogen ist, auch noch die Möglichkeit genommen wird, anderwärts Arbeit zu finden.

Wenn trotz alledem der Vorsitzende des Arbeitsgerichts Quisling dem Antrag der Unternehmer stattgegeben hat, so ist das nicht verwunderlich, wenn wir hören, daß 30 vH der Sprüche dieses Vorsitzenden nicht für verbindlich erklärt werden können, weil sie argente juristisch unhaltbar. Wie kommt es eigentlich, daß die Unternehmer auch Quisling gegangen sind? Es lag doch viel näher, daß sie an dem Sitz des Unternehmerrates in Düsseldorf das Arbeitsgericht anrufen hätten. (Hört man den Sozialdemokraten: Sie können ihre Appellanten!) Begibt das etwas daran, daß sie wissen, daß dieser Vorsitzende des Arbeitsgerichts häufig bei einem gewöhnlichen großen Kampf der Gewerkschaften eine gewerkschaftsfeindliche Stellung eingenommen hatte, so daß sie darauf rechnen konnten, daß er auch bei der Entscheidung in diesem Falle dem Willen der Unternehmer folgte? (Hört man den Sozialdemokraten: Der klagt eine Stellung in der Industrie!)

Das Urteil, das im Widerspruch mit den Bestimmungen aller Arbeitsgesetze steht, soweit die Bedeutung haben, daß es die Arbeiter nicht als freie Arbeiter, sondern als unfreie Arbeiter behandelt, ist ein Verstoß gegen die Verfassung für die rechtliche Ausgestaltung des ganzen Rechtsbereichs. Die Zustände, die jetzt entstehen werden, werden zu einer weiteren Erschütterung führen. Das Urteil selbst hat aber insofern eine sehr unangenehme Bedeutung, als es die Dauer des Prozesses verlängern kann.

Für den Reichstag hat schon diese Paragrafenverletzung keine entscheidende Bedeutung. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, daß die Unternehmer trotz Verbindlichkeitsklärung aussperrten und erst dann den Reichstag beschritten haben. Sie wollten den Kampf, für den sie alle Vorbereitungen getroffen hatten, nur, wo der Lohn für volljährige Arbeiter 60 vH noch nicht erreicht, sollten 3 vH zugelegt werden. Das war eine Verletzung der Arbeiter. Dafür steht die Bildung der

Gefahrengemeinschaft, ferner der Kampf, dann die Bildung von Werksvereinen, dann der Versuch, Werksvereine zu bilden, zu bringen, die Gewerkschaften in der Festlegung der Arbeitsbedingungen auszuschließen, und schließlich die Bearbeitung der Presse in unläuterlicher Weise. Die Unternehmer wollten den Kampf, den Kampf gegen den Tarifvertrag, den Kampf gegen die Gewerkschaften, den Kampf gegen das Schlichtungswesen und den Kampf gegen das Reichsarbeitsministerium.

Sie haben sich wohl insofern überlegen müssen, daß wir nicht mehr im Jahre 1923/24 sind, daß die Gewerkschaften weder organisatorisch noch finanziell vernichtet werden können. Wir haben kein Interesse an der Fortsetzung dieses Kampfes. Wenn er beendet werden kann auf der Grundlage, daß dem verletzten Recht Geltung verschafft wird und der Schiedsspruch von den Unternehmern anerkannt wird und wenn auf dieser Basis dann eine Vermittlungsektion eingeleitet wird, dann wird sich darüber reden lassen. Es müßte die ungeheuerlichsten Folgen haben, wenn die Arbeitersektoren nützte, daß verbindlich erklärte Schiedssprüche nur für sie, nicht für die Unternehmer in Frage kommen.

Die Unternehmer behaupten, die Aussperrung sei ein Akt der Notwehr, der Schiedsspruch sei für sie untragbar, rümpelte die ganze Industrie. Ja, mutet man wirklich einem Menschen zu, zu glauben, daß ein Lohn, der in der Metallindustrie des ganzen Kölner Bezirks seit drei Vierteljahrhundert besteht, die Industrie des Ruhrgebietes zerrütten und vernichten könne? Wie steht es denn mit den Löhnen der Metallarbeiter? Die Tariflöhne der Hüttenmetallarbeiter liegen erheblich tiefer als die Löhne der Arbeiter der anderen Industrien. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß diese hochqualifizierten Arbeiter — dazu zählen die Metallarbeiter zweifellos — bei tariflichen Lohnfestsetzungen um 30, 40 und 50 vH schlechter gestellt sind als die gelernten Arbeiter anderer Industrien.

Schlecht steht es auch um die Arbeitszeit. Rund 6000 Arbeiter arbeiten in diesen schwer gesundheitsschädlichen Betrieben noch 60 Stunden, 75 000 57 Stunden, 19 000 54 Stunden, 81 000 52 Stunden und nur 19 000 48 Stunden, aber auch nur zwei Wochen, denn jede dritte Woche kommt eine verlängerte Arbeitszeit in Frage. Auf die drei Wochen angerechnet, wird dadurch natürlich der Durchschnitt der Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus erhöht. Es handelt sich um ein Industriegebiet, in der die Rationalisierung am stärksten durchgeführt worden ist, Hunderttausende bei der Umstellung arbeitslos geworden sind und in höchstem Maße Opfer persönlicher Art zu bringen hatten. Es müßte doch bedauernd sein, sollte eine solche Industrie wirklich nicht in der Lage sein, eine derart geringe Lohnsteigerung zu tragen, wie sie der jetzt vom Arbeitsminister für verbindlich erklärte Schiedsspruch festlegt. Ich sage das insbesondere als Entgegnung auf die Einwendungen jener Männer, die in der letzten Zeit glaubten, der Schwerindustrie beizugehen zu müssen mit der Entschuldigungs, Lohnsteigerungen jänden ihre Grenze an der Rentabilität der Unternehmungen. Wie steht es denn mit der Mehrbelastung, die sich bei Durchführung der Lohnsteigerung ergeben würde? Den hierfür schon geltend angeführten Zahlen möchte ich noch einige hinzufügen. Im Dezember 1927 hat ein Schiedsspruch den dortigen Arbeitern ganze 2 vH Lohnzulage gebracht. Der jetzt für verbindlich erklärte Schiedsspruch sieht für die Hüttenarbeiter eine Lohnzulage von 6 vH und für die Affordarbeiter eine solche von 2 vH vor. Selbst in dem Klagenantrag wird gesagt: drei Viertel aller in Frage kommenden Werte sind Affordbetriebe, ihre Arbeiter erhalten also nur 2 vH Lohnzulage. Die Selbstkostensteigerung beträgt nach dem Schiedsspruch nach angestellten einwandfreien Berechnungen bei den wichtigsten Hüttenwerkstoffen, wenn wir einen Lohnanteil von 20 vH der Produktionskosten annehmen, nur 1/4 vH und wenn wir eine Aufbesserung der Affordarbeiter hinzunehmen, wie dies die Industrie als notwendig behauptet, 1 bis 1 1/2 vH. Nehmen wir bei der weiterverarbeitenden Industrie den Lohnanteil mit 35 bis 40 vH an, dann erhalten wir

eine Selbstkostensteigerung von etwa 2 bis 2 1/2 vH.

Und das soll unerträglich sein? Wenn wir diese Zahlen hören, so entpuppt sich die behauptete Notwehr doch als eitel Scheuchel. Als die Leiter der Schwerindustrie ihren Mitgliedern einen nennenswerten Beitrag zu dem Kampfzins aufzuweisen haben — und es ist wohl wenigstens an einigen Stellen Opposition dagegen gemacht worden —, erklärte Herr Boensgen, das sei doch nur 2 1/2 vH der Lohnsumme, das könne doch getragen werden. Zu dem Kampfbeitrag war das Geld da, aber das Geld für den viel wichtigeren Zweck, den Menschen zu dienen, soll nicht da sein!

Die Eisenindustrie hat durch nichts bewiesen, daß die durch den Schiedsspruch eintretende geringe Selbstkostensteigerung antragbar sei. Der Vorschlag unserer Bezirksleitung, einer aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengefügten Kommission einwandfreies Material vorzulegen, ist von der Industrie abgelehnt worden. Es wird höchste Zeit, daß wir auch für das Eisen einen Selbstkostensteigerungsbefehl bekommen, allerdings anders geartet, als es der Eisenwirtschaftsverband war.

In den unwesentlichen gestiegenen Sechsenkosten für Eisen kommen zweimalige Preiserhöhungen. Auch die Rationalisierung muß in diese Rechnung eingestellt werden, denn durch sie ist die Leistung der Arbeiter beim Hoheisen von 1925 auf 1926 um 18 vH, im folgenden Jahre um 27 vH gestiegen, beim Rohstahl von 1925 auf 1926 um 40 vH, im nächsten Jahre um 42 vH. Das Jahr 1928 wird erst die volle Auswirkung der Rationalisierungsmassnahmen bringen, so daß die Selbstkosten noch weiter sinken werden. Die Unternehmer sollten wirklich nicht von Untragbarkeit reden.

Die Behauptung, daß die nach dem Schiedsspruch erhöhten Löhne betragt bis April 1930 nicht so viel, wie schon jetzt durch die frivole Aussperrung verlorengegangen ist.

Die Öffentlichkeit wird auch noch in anderer Beziehung getäuscht. Bei der Verhandlung über die Wiedereinführung des Dreijahreslohnens haben die Unternehmer gemeinsam und erklärt, sie müßten 20 000, später, sie müßten 17 500 Arbeiter neu einstellen, und deswegen müßten die Preise erhöht werden. Die Preise sind erhöht worden, aber die Arbeiterentlohnungen haben nicht zugenommen. Man kann in dem Buch über die Wirtschaftslage des Westens nachlesen, daß die Arbeiterzahl fast unverändert geblieben ist, und das in einer Zeit, von der Herr Quisling im Enqueteauschuß erklärte, daß es die Zeit der besten inländischen Konjunktur gewesen sei, in der man 20 bis 25 vH der Arbeitskapazität auszunutzen vermocht habe.

Deshalb geht dieser Kampf der Unternehmer gar nicht um die paar Pfennige Lohnsteigerung, sondern er geht um das soziale Recht, er geht gegen den Eingriff des Staates in das soziale Leben. Und dieser Angriff gegen den Staat geht aus von einer Kapitalistengruppe, die dem Staat von jeher in unerhörter Weise bedroht hat.

Reichstag und Regierung haben deshalb die Pflicht, die Sache der Arbeiter in wirksamster Weise zu unterstützen. Denn dieser Kampf der Arbeiter gilt ja der Sache des Staates. Sie sind zu Unrecht ausgesperrt und müssen deshalb Not und Elend erleiden. Wenn die Aussagen der Arbeitslosenversicherung die Zahlung von Unterhaltungen nicht zulassen, so muß man so mehr das Reich eingreifen, die Mittel zur Verfügung stellen und diese Mittel von den Rechtsbrechern wieder einziehen. (Hört man bei den Sozialdemokraten.)

Das will der Gegenstand, den meine Stellung vorgelegt hat und was dessen dringende Verabschiedung ich Sie ersuche. Die Herrschaft der Eisenindustrie an der Ruhr haben mit ihrem Vorgehen eine Saat gesät, die angehen wird, aufgehen muß, so daß am Ende des Mißbrauchs ihrer Macht auch der Zusammenhang dieser Macht stehen wird, ein Zusammenbruch, bei welchem die Produktionsmittel aus den Händen der privaten Macht in die Hände der Gesamtheit übergeben werden. Das sind die Schritte und werden auch die Folgen dieser frivolen herausfordernden Kampfes und Rechtsbruchs sein. Wir fordern die Wiedergutmachung dieses Rechtsbruchs, die Anerkennung der gewerkschaftlichen Forderungen. (Schärfster Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stimmungsbilder zum Werftarbeiterstreik

Hamburg, St. Pauli, Landungsbrücken bietet dem Beschauer, vornehmlich dem Binnenländer immer wieder ein wechselreiches Bild. Das tiefe Gebrumme der eintommenden und auslaufenden Ozeanriesen mit der Flagge aller Herren Länder, die Sirenen der frug und quer die Elbwege durchschneidenden Schlepper, Frachtschiffe, Barkassen, das Getöse der Kräne und Winchen, alles zusammen ein Konzert der Arbeit, wie es eben nur in einem Welthafen wahrzunehmen ist. Und doch empfindet der Kenner die unvollkommene Beschung dieses Orchesters, denn seit sieben Wochen ist das Geratter und Getöse der Luftwertzeuge der auf der anderen Elbseite liegenden Werften verstummt. Sieben Wochen Werftarbeiterstreik liegen hinter uns und noch ist ein Ende nicht zu sehen. Der Werftarbeiter weiß, daß er einen hartnäckigen Gegner vor sich hat; er weiß, daß in der Vergangenheit noch kein Werftarbeiterstreik unter 18 bis 15 Wochen Dauer beendet worden ist, und darum zeigt dieser Streik auf der ganzen Linie das Gepräge der äußeren Ruhe, aber der inneren Entschlossenheit zur Durchführung des Kampfes bis zum Erfolg. So wenig der Streik sich in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen in der Millionenstadt Hamburg nach außen hin bemerkbar macht, in um so größerem Maße tut er dieses in den anderen Werftorten. Zum Beispiel für Kiel bedeuten die drei stillliegenden Werften mit ihren etwa 12 000 Arbeitern eine ungeheure Belastungsprobe. Die Kieler Geschäftswelt ist auf diese im Streik stehenden Werftarbeiter angewiesen und wir verstehen nur zu sehr die Klagen der Geschäftsleute über den Ausfall jeglichen Werftarbeiterstreiks und die Unterbilanz beim Jahresgeschäftsschluß. Mögen diese Leute ihren Groll denjenigen zuwenden, die den Werftarbeitern zufolge Vorenthaltung berechtigter höherer Löhne den Kampf aufgezogen haben; mögen sie weiter bedenken, daß auch sie nur bestehen können, wenn diese 12 000 Werftarbeiter in der Lage sind, höhere Aufwendungen für Nahrung und Bekleidung zu machen. — Die schöne Hansestadt Bremen besitzt in den Schiffbauanlagen der AG. Weser eine Stadt für sich. Seit sieben Wochen verödet, ragen die Helgen hoch auf. An der Raimauer, anzusehen mit seinen hohen Dedausbauten wie ein moderner Hochhausbau, liegt das im Ausbau unterbrochene Wunderschiff „Bremen“. Programmäßig war es dazu bestimmt, mit seinem Schwesterhelfer „Europa“, welches zurzeit daselbst Schiedal auf der Werft von Blohm & Voß in Hamburg liegt, Mitte April nächsten Jahres die zahlungsfähigen Amerikareisenden in den mit raffiniertem Luxus ausgestatteten Kabinen übers große Wasser zu bringen. Jetzt schon muß der Auftraggeber einen dicken Strich durch seine Kalkulation machen, denn die Inbetriebnahme der beiden Luxusdampfer zum vorgesehenen Termin ist ausgeschlossen. Es ist offenes Geheimnis, daß bei beiden Dampfern für die ersten drei Fahrten für Hin- und Rückfahrt die Plätze bereits verkauft sind. Aber das Prestige der Werftunternehmer scheint die Reue zu überwinden, die der Ausfall der Einnahmen zufolge der Nichtindienststellung dieser Schiffe bedingt, eher ertragen zu können, als eine Einigung auf der Grundlage der berechtigten Forderungen der Arbeiter.

Auch noch ein Stimmungsbild: Die nicht verhehlte schlechte Stimmung der Unternehmer, die in der Arbeitsbergeitung Nr. 46 zum Ausdruck kommt. O! Wie ist das möglich? „Die preussische Polizei auf Seiten der Streikenden!“ So lautet der Untertitel eines Artikels der Deutschen Arbeitsbergeitung. Wie klingt die Sehnsucht nach den Zeiten der ehemaligen „preussischen Pöbelherrschaft“. Wir geben gerne zu, damals kannte die Polizei keine „Zurückhaltung“ gegenüber Streikposten. Beim Besen der Arbeitsbergeitung möchte man das Grinsen bekommen, wenn man vernimmt, daß die Streikenden mit „auf den Mann besessenen Polizeihunden“ die armen Arbeitswilligen ängstigen und verdrängen, zu ihrer Arbeitsstätte zu kommen. Ach ja, was in der bösen Republik nicht alles möglich ist. So gibt denn auf der einen Seite trübe und auf der anderen klare Stimmungsbilder.

Pharisäer!

In einer westdeutschen Zeitung begann der Sonntagsartikel vom 11. November folgendermaßen: „Nicht weniger frohen Herzen als in den vorhergehenden Jahren tritt diesmal Deutschland in die Adventszeit ein, in die Zeit der alten frohen Feste. Der Arbeitskampf in unsern betriebsreichen, gewerblich-reichen Westen wirft dunkle Schatten auf Reich und Volk und auf das ganze politische und wirtschaftliche Leben. Die Viertelmillion Arbeiter der Eisenindustrie, die seit dem 1. November feiern, drücken wie ein Alp nicht nur auf das gewerbliche, auf das Geschäftsleben, sie drücken auch auf die seelische Stimmung des ganzen Volkes. Es bleibt ja nicht bei der Viertelmillion; das Unheil ist freisartiger und macht mit jedem Tage Tausende halb oder ganz erwerbslos. Und dabei steht der harte Winter vor der Tür, der an jede Familie große Anforderungen stellt, die nicht befriedigt werden können. Zwangsläufig geht die Lebenshaltung in vielen tausend Familien zurück und die Geschäftswelt, die zu ihrem Gedeihen ein gutes Weihnachtsgeschäft nötig hat, blickt düster in die Zukunft.“

Diesen Erguß lesen wir in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“. Wenn ein Blatt zu diesem Kampfe geht, dann war es die „Bergwerks-Zeitung“. Nachdem das folgenreichere Unglück geschehen ist, müssen wir ausgerechnet in diesem Blatt solche Zeremonien lesen. O diese Pharisäer!

Steigerung der Arbeitslosigkeit

Der Beginn der winterlichen Arbeitslosigkeit tritt jetzt in der Statistik der unterstützten Arbeitslosen bereits deutlich in Erscheinung. In der Zeit vom 15. bis 31. Oktober ist, wie amtlich mitgeteilt wird, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von rund 593 600 auf 671 000, das ist um 77 400 oder um 13 vH gestiegen. Die Zunahme ist bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern mit 16 vH bedeutend stärker als bei den weiblichen (4,3 vH), die in der Berichtszeit zum ersten Male seit Ende Juni eine Steigerung zu verzeichnen haben.

Demgegenüber ist in der Krise unterstützten die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur unerheblich (von rund 89 700 auf 93 000 oder um 3,6 vH) gestiegen. Die Zunahme betrug hier bei den Männern 3,8 vH, bei den Frauen 2,7 vH.

Eine Million Kapital der Dewog

Eine außerordentliche Generalversammlung der Dewog, Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, die am 26. Oktober 1928 im Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin tagte, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 400 000 M. auf 1 Million Mark. Die neuen Aktien werden zum größten Teil vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allgemeinen freien Angestelltenbund und Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und den ihnen angeschlossenen Verbänden übernommen.

Die Konzentration in der Dewog-Bewegung ist weiter fortgeschritten. Die Kapitalmehrheit der meisten Tochtergesellschaften befindet sich jetzt in den Händen der Dewog, wodurch die tatsächliche Zusammenfassung aller freigewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgeorganisationen möglich wird. In Hamburg und Breslau wurden eigene Zweigstellen errichtet. In Hamburg werden demnächst annähernd 2500 Wohnungen erstellt sein, während in Breslau vorläufig 600 Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung geschaffen werden konnten. Die finanzielle Lage der Dewog ist weiterhin gut.

Der erste Agitationsbezirk des Gewerkschafters — ist seine Familie

Technik und Werkstatt

Verheißungen der Technik

Von Ernst Trebesius

Als die Sternkundigen um die Jahrhundertwende herum dem anbrechenden Jahrhundert das Schicksal deuteten, da ahnte keiner von ihnen, daß der Tausling so bald schon ihre kühnsten Prophezeiungen weit überrufen würde. Die Ventbarkeit eines Luftschiffes und die Flugfähigkeit einer Schwerkraft-Luft-Maschine, damals von allen Fachleuten als Hirngespinnste belächelt, sind inzwischen zu den großen Selbstverständlichkeiten geworden. Die Chemiker eroberten auf friedlichste Weise ganze Kornprovinzen, indem sie den Stickstoff aus der Luft holten und damit den Ertrag des Ackerbodens bedeutend vermehrten. Im Laboratorium erschlossen Bergius, Fischer und Tropsch neue Quellen, indem sie die Moleküle der Braunkohle zerlegten und damit das aus deutschem Boden spärlich fließende Erdöl erstellten. Das Erfinderdreigestirn Engel, Vogt und Masolle lehrten dem Film das Sprechen. Schüffan zauberte mit Hilfe eines Spiegels die riesigsten Bauten aus metergroßen Modellen, damit der Filmindustrie alljährlich Millionenausgaben ersparend.

Die Physiker sind in unseren Tagen mit Eifer am Werk, den kleinsten Baustein des Universums, das Atom, zu zertrümmern, um die ihm innewohnende ungeheuerliche Kraftmenge dem Menschen dienstbar zu machen. Aus den Fächstammern der Wälder zaubert der Chemiker die kunstseidenen Kleidchen und Strümpfe unserer lieben Frauen. Die Mediziner fanden neue Mittel gegen die Würger der Menschheit, damit das Durchschnittsalter des Menschen um weitere Jahre erhöhend. Im Kaffernfrat des Urwaldes und im Bungalow der Dschungel sitzen Schwarze und Gelbe hinter dem Lautsprecher, der Musik des weißen Mannes lauschend. Das Ohr hat jegliche Erdentfernung restlos überwunden. Mit Hochdruck arbeiten die Physiker an der Lösung des Fernsehproblems, um die Erde auch unserem Gesicht zu unterwerfen.

Zeitigte unser Jahrhundert schon in den ersten drei Jahrzehnten so erstaunliche Dinge, wie mag sich da wohl das Weltbild für unsere Nachkommen darbieten, wenn sie im Jahre 2000 die Taten ihrer Väter mustern?

Kein Zweifel, das Zeitalter der Kohle ist alsdann vorüber. Die Kohle wandert nicht mehr wie zur Zeit des Weltkrieges. Auch die darauf einsetzende Wanderung der Industrie zur Kohle ist zum Stillstand gekommen, da die Kohle überhaupt nicht mehr zu Kraftgewinnungszwecken in der früheren barbarischen Weise verbrannt wird. Nur noch der Chemiker geht diesem kostbaren Rohstoff mit dem ganzen Rüstzeug der Wissenschaft zu Leibe, um aus ihm die mannigfaltigen medizinischen Mittel und die herrlichen Farbstoffe zu gewinnen, die Allmutter Sonne in unbordenlichen Zeiten für uns Menschen in den Steinkohlenwäldern aufspeicherte. Die sonstige Industrie aber, wie die gesamte Wirtschaft der Völker und des Einzelnen, steht im Zeichen der drahtlosen Kraftübertragung. Seit es im Jahre 1928 erstmalig im Laboratorium gelang, einen Eierkuchen mit drahtlos übertragener elektrischer Kraft in einem Meter Abstand von der Sendestelle zu kochen, ist der Bereich der elektrischen Kraftwelt von Jahr zu Jahr gesteigert worden. Kein noch so abgelegenes Haus, dessen Bewohner nicht Licht und Wärme sowie die Kraft zum Antrieb der mancherlei arbeitssparenden Haushaltsmaschinen von den gewaltigen drahtlosen Kraftstationen erhielten. Die ebenso geistreiche wie einfache Erfindung eines deutschen Physikers schuf die Grundlage für diesen hervorragendsten technischen Fortschritt des 20. Jahrhunderts.

Und die elektrische Energie selbst wird nicht mehr durch Dieselmotoren, die das teure Brennstoff verarbeiten, erzeugt, auch nicht mehr durch Dampfmaschinen und Dampfturbinen, die früher die Kohlen in unwirtschaftlicher Weise verbrannten. Auch die mechanische Energie fallenden Wassers, früher an Dugenden von Talsperren ausgenutzt, kommt für die Elektrizitätserzeugung der wenigen drahtlosen Großkraftstationen nicht mehr in Frage. Als einzige Kraftquelle dient auf dem ganzen Erdball nur noch das Wasser. Ja, Wasser als Betriebsstoff! Das durch Zuhilfenahme eines geradezu erstaunlich wirksamen Katalysators in seine Grundstoffe Wasserstoff und Sauerstoff zerlegte nasse Element ist die Weltkraft geworden, die alle elektrischen Generatoren der Erde antreibt. Und die Verbrennungswärme der beiden Gase des Wassers wird nicht in der früher üblichen umständlichen Weise erst zur Erzeugung von Dampf benutzt, der, in Turbinen in mechanische Energie gewandelt, die riesigen Dynamos antreibt, sondern die Umwandlung der Wärme unmittelbar in Elektrizität geschieht mit Hilfe der thermomagnetischen Generatoren. Diese Kraftmaschine stellt die feinste Lösung eines technischen Problems dar, die den Menschen bisher gelang. In scharfsinniger Weise nutzt der thermomagnetische Generator den Umstand aus, daß die magnetische Leitfähigkeit von Eisen und anderen magnetischen Stoffen mit zunehmender Temperatur abnimmt. Durch dauernd wiederholtes Erwärmen und Abkühlen der besonders temperaturempfindlichen Stelle eines geschlossenen Eisenkreises wird in einem um den Eisenkreis befindlichen Drahtspule jedesmal ein Stromstoß erzeugt. Die Wärme wird hierbei also unmittelbar in Elektrizität gewandelt. So einfach dieser Gedanke auf den ersten Blick erscheint, so ungeheuer türnten sich der praktischen Durchführung dieser genialen Idee die Schwierigkeiten entgegen. Im Jahre 2000 sind alle Schwierigkeiten völlig überwunden. In den an Flüssen oder Seen errichteten Landestkraftzentralen wird der nach menschlichem Ermessen unerschöpfliche Betriebsstoff Wasser in seine Gase zerlegt. Die bei der Verbrennung beider Gase entstehende Wärme wird in thermomagnetischen Generatoren unmittelbar in Elektrizität verwandelt und der Strom alsdann drahtlos über das Land gestrahlt. Die bereits erwähnte Erfindung eines deutschen Physikers sorgt bei dieser Art der Energieverteilung dafür, daß sich der Strom nicht nutzlos im Raum verliert. Zwischen der drahtlosen Großkraftstation und jedem Rundkraftempfänger bildet sich nämlich im Augenblick des Einschaltens der Empfangsapparatur ein Stromkreis, eine unsichtbare Leitung gewissermaßen, die den Strom ohne Verlust dem Empfänger zuleitet. Die Antenne der Sendestelle strahlt nur soviel Strom in den Raum, als ihr von den Empfängern abgenommen wird.

So wirtschaftlich diese neue Art der Energiegewinnung und -verteilung für alle ortsfesten Betriebe ist, so unvergleichlich, ja geradezu triumphal gestaltet sich dieser Vorgang für alle orts-

veränderlichen Kraftverbraucher. Die stinkenden Benzinluftschiffe, die noch in den ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Straßen verpesteten, bilden in Museen und bei Karnevalsparaden immer wieder Heiterkeit erregende Gegenstände aus einer technisch noch etwas in den Kinderschuhen stehenden Zeit. Eisenbahn, Straßenbahn und Kraftwagen beziehen ihren Strom genau so drahtlos wie die abgelegene Almhütte. Der Ozeanriesen von 100 000 Tonnen wie das kleinste Fischereifahrzeug befahren die Meere ohne jede eigene Kraftquelle. Der Nähmaschinenmotor der fleißigen Näherin wie die vieltausendpferdigen Antriebsmotoren der Ozeanflugzeuge und Luftschiffe: sie alle erhalten ihren Strom drahtlos von den Landestkraftzentralen. In der Stratosphäre fliegen die völlig luftdicht geschlossenen Flugzeuge mit 1000 Kilometer Stundengeschwindigkeit dahin, den Flug über den Ozean zu einem Wochenendausflug für wohlhabende Leute gestaltend. Drahtloser Fernsprecher und Fernseher begleiten den Luftreisenden auch in die Stratosphäre, so daß er jederzeit die Lieben daheim anrufen und sie dabei sehen kann.

Mit der Erfindung des drahtlosen Fernfühlers und Fernschmieders ist der Typ der munteren Geschäftstreisenden zum Aussterben verurteilt. Maschinen und Textilien, Lebensmittel, Weine, Rauchwaren usw., die früher von dem Reisenden feilgeboten wurden, werden jederzeit vom Erzeuger dem Verbraucher oder Händler unmittelbar drahtlos angeboten. Fernsprecher, Fernseher, Fernfühler und Fernschmied ermöglichen dabei die Prüfung der Waren fast nach jeder Richtung hin. Nach Lösung des Problems des Fernseheres, dessen Verwirklichung dicht bevorsteht, hat der Mensch jede Erdentfernung überwunden. Dann kann er alle fünf Sinne drahtlos in die Ferne schweifen lassen. Der hamburgische Kaffeegroßhändler wird sich dann die neue brasilianische Kaffeepflanzung zu seinem Geschäftsfreund in Rio de Janeiro vorführen lassen, die Größe der Bohnen beurteilen, das Aroma der gebrannten Bohnen mit witternder Nase einsaugen und den Geschmack der drahtlos servierten Kaffeebohne mit prüfender Zunge analysieren.

So groß auch die Fülle der neuen technischen Erfindungen und Fortschritte sein wird, auf die unsere Nachkommen im Jahre 2000 zurückblicken können: noch viel zahlreicher werden die Aufgaben sein, die zu bewältigen der Zukunft vorbehalten blieb.

Die Raumschiffahrt zwischen den Gestirnen, seit den Versuchen mit dem ersten Raketenfahrzeug mit eiserner Zähigkeit und unter Aufwand ungeheurer Summen wieder und immer wieder versucht, muß auch im Jahre 2000 als ungelöstes Problem betrachtet werden. Jeder neue Versuch zeitigte aufs neue die bittere Erkenntnis, daß kein irdischer Betriebsstoff so viel Energie einsetzt, wie die kühnen Piloten, von denen Hunderte ihr Leben in die Schanze schlugen, aus dem Schwerefeld der Erde zu entführen. Die drahtlose Zuführung der Energie stellte sich schon in etwa 50 Kilometer Höhe über dem Erdboden als unmöglich heraus, da die drahtlosen Kraftwellen an der Erdoberfläche und nur bis zu gewisser Höhe in die Stratosphäre dringen.

Wohl gelang den Physikern die Zertrümmerung des Atoms, so daß es nunmehr möglich ist, die Elemente nach Belieben künstlich herzustellen und aus unedlen Metallen edle herzustellen. Für die Wirtschaft haben freilich diese neuen Ergebnisse der Forschung nur einen mittelbaren Gewinn. Die künstliche Erzeugung der Stoffe kommt der hohen Gesteinungskosten wegen für die Industrie nicht in Frage. Die Hoffnung, die Energie des zertrümmerten Atoms dem Menschen dienstbar zu machen, hat sich nicht erfüllt. Der Energieaufwand, der zur Zerlegung des Atoms erforderlich ist, fällt größer aus als die einsetzbare Energiemenge dieses kosmischen Bausteines. Das durch Elektronen angetriebene Raumschiff, von Hans Dominik in dem phantastischen Roman „Das Erbe der Uraniden“ sehr anschaulich geschildert, ließ sich deshalb nicht verwirklichen. So blieb den kühnen Pionieren der Raumschiffahrt nur die Wirtnahme der stärksten irdischen Betriebsstoffe übrig. Und diese waren bei allen Vorstößen in den Weltraum stets früher verbraucht, ehe die Raketen dem Bannkreis der Erde entflohen waren.

So findet auch die merkwürdige Tatsache, daß unsere Erde noch keinen Besuch der Bewohner älterer Gestirne erhalten hat, ihre ganz natürliche Erklärung. Auch die Ingenieure der anderen Gestirne sind keine Zauberer, die über den eigenen Schatten zu springen vermögen. Auch sie können kein Perpetuum mobile, keine ewig kraftspendende Maschine, die einzig und allein imstande wäre, eine Rakete von einem Gestirn zu anderen zu treiben, bauen.

Mehr und mehr neigt sich deshalb ums Jahr 2000 herum das Urteil aller einsichtigen Leute der Erkenntnis zu, daß die Raumschiffahrt für immer (?) ein unerfüllbarer Traum der Bewohner des gesamten Weltalls bleiben wird.

Praktische Holzschraubenberechnung

Von Dipl.-Ing. Dr. S. Schöge, Stuttgart

Die allgemein übliche Methode zur Berechnung der Haltefähigkeit von Holzschrauben hat den Nachteil, daß sie in verschiedene Einzelrechnungen zerfällt und infolgedessen umständlich und zeitraubend ist. Das im folgenden gezeigte Verfahren ermöglicht die Berechnung in einem Zug; verwendet man einen geeigneten Rechenchieber (zum Beispiel den Kosmos-Rechenstab für Handwerk und Technik), dann ist für die Berechnung nur eine einzige Einstellung der Zunge notwendig.

Das Verfahren sei zunächst an einem Beispiel vorgeführt: Wieviel Kilogramm hält eine Holzschraube von 30 mm Gewindelänge und 4 mm Stärke in Tanneholz? In der beigegebenen Tafel findet man für Tanne die Werte $K=8$ und $C=0,14$. Man vermehrt nun stets den Durchmesser um die Zahl K , erhält also in diesem Falle $4+8=12$. Die Summe nimmt man mit C mal: $12 \times 0,14 = 1,68$. Diesen Wert multipliziert man mit der Gewindelänge in mm: $1,68 \times 30 = 50,4$. Die Schraube hält 50,4 Kilogramm.

Allgemein verfährt man so:
1. Summe Durchmesser plus K im Kopf rechnen,
2. Summe mal C mal Gewindelänge gleich Haltefähigkeit in kg.
Die Zunge des Rechenstabs stellt man so ein, daß die Summe (1.) auf der Hauptkala des Rechenchieberkörpers und die Zahl C auf der Mittelkala übereinander stehen. Dann liest man auf der Hauptkala für jede Gewindelänge ohne weiteres die Haltefähigkeit in kg ab. Umgekehrt kann man in der gleichen Stellung des Rechenchiebers

für jede Schraubenbelastung sofort die notwendige Gewindelänge ablesen.

Will man die Gewindelänge ohne Rechenstab bestimmen, so berechnet man:

1. Summe Durchmesser plus K im Kopf,
2. Produkt Summe mal C ,
3. Belastung in kg durch Produkt gleich Gewindelänge in mm.

Beispiel: Welche Gewindelänge muß eine 3 mm starke Schraube haben, die in Mahagoni 25 kg halten soll? Die Tafel zeigt für Mahagoni $K=8$ und $C=0,15$. Also ist

1. Summe Durchmesser plus K ($3+8$) gleich 11,
2. Produkt $11 \times 0,15 = 1,65$,
3. Belastung $25:1,65 = 15$ mm Gewindelänge.

Natürlich erlaubt das Verfahren auch die Berechnung des Schraubendurchmessers aus Gewindelänge, Holzart und Belastung. Man berechnet:

1. Produkt Gewindelänge mal C ,
2. Belastung geteilt durch Produkt,
3. Von „2“ zieht man K ab und hat den Durchmesser in mm.

Bei Verwendung des Rechenstabs ist ebenfalls nur eine einzige Zungenstellung erforderlich: Man stellt die Zunge so ein, daß die Belastung auf der Hauptkala des Körpers genau unter der Gewindelänge auf der Hauptkala der Zunge steht, dann kann man für jede Holzart sofort den Schraubendurchmesser ablesen. Unter dem Wert C auf der Mittelkala steht auf der Körperhauptkala des Rechenstabs die Summe: Durchmesser plus K . Beispiel: Wie stark muß eine Schraube von 20 mm Gewindelänge sein, die in Lärchenholz 50 kg Belastung trägt? Für Lärche zeigt die Tafel $K=8$ und $C=0,27$.

1. $20 \times 0,27 = 5,4$,
2. $50:5,4 = 9,2$,
3. $9,2 - 8 = 1,2$ mm Schraubendurchmesser.

Der Rechenstab erleichtert und beschleunigt nicht nur die Einzelrechnung in allen drei Fällen, sondern er dient zugleich als Tabelle für alle Holzarten, Belastungen, Gewindelängen und Schraubendurchmesser. Bei gewöhnlichen Rechenstäben ohne Mittelkala muß man allerdings die Zunge bei jeder Rechnung zweimal stellen und verliert dadurch den Vorteil der Tabellennutzung.

Das Berechnungsverfahren und die Tafel enthalten schon einen Sicherheitsfaktor. Die berechneten Schrauben können also auch praktisch so hoch belastet werden, wie es die Rechnung ergibt. Aus der Tafel geht außerdem hervor, daß der Wert K um so größer wird, je mehr das Holz ist, während der Wert C mit der Härte zunimmt.

Holzart	K	C	Holzart	K	C
Buchholz	3	0,95	Schwarzleiste . . .	5	0,26
Pappel	4	0,44	Teakholz	6	0,32
Holz	4	0,40	Lärche	6	0,27
Berlin	4	0,39	Bergahorn	6	0,28
Weibuche	5	0,38	Mahagoni	8	0,16
Kiefer	5	0,33	Fichte	8	0,16
Stieleiche	5	0,32	Hirsenleiste	8	0,15
Eiche	5	0,32	Tanne	8	0,14
Birke	5	0,29	Silberpappel	11	0,10

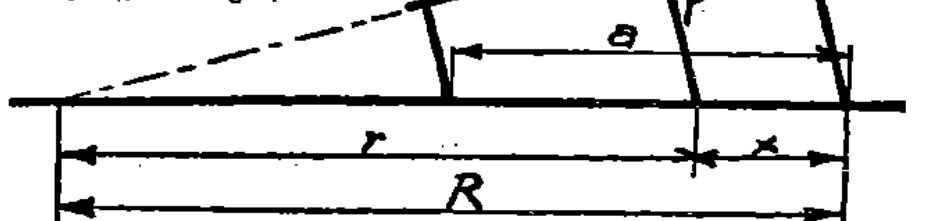
Kreise mit großem Durchmesser

Für das Zeichnen von Kreisbogen mit so großem Durchmesser, daß der Zirkel nicht ausreicht, läßt sich leicht eine Hilfsvorrichtung herstellen, die nur aus einer Achse und zwei verschiedenen großen kreisrunden Scheiben besteht. In der Abbildung sind die beiden Scheiben mit d und D bezeichnet; diese Zahlen sollen zugleich in Millimetern die Durchmesser angeben. Der Abstand der Scheibenränder sei gleich a mm.

Läßt man die Scheiben mit der Achse auf dem Zeichenbogen laufen, so beschreibt die größere von beiden einen Kreis, dessen Halbmesser R man aus den beiden Durchmessern d und D und aus dem Abstand a berechnen kann:

$$R = \frac{a \cdot D}{D - d}$$

Wäre zum Beispiel der Durchmesser der größeren



Scheibe $D = 90$ mm, der der kleineren $d = 85$ mm und der Abstand $a = 210$ mm, so hätte man die Kreisbahnmesser

$$R = \frac{210 \cdot 90}{90 - 85} = \frac{18900}{5} = 3780 \text{ mm.}$$

Man könnte also mit dieser weniger als 25 cm langen Vorrichtung einen Kreisbogen von beinahe vier Metern Halbmesser zeichnen.

Für die praktische Ausführung bringt man auf der Achse einen Goller an, der die Reibfeder F hält und selber auf der Achse verschiebbar ist. Beträgt der Abstand der Feder vom Rande der größeren Scheibe x mm, so ist der Zeichenhalbmesser um x mm kleiner als R .

Zeichenhalbmesser $r = R - x$.
Um Kreise von 600 bis 800 mm zu zeichnen, wählt man a gleich 200 mm, nämlich gleich dem Unterschied zwischen dem größten oder kleinsten Zeichenhalbmesser. Der Unterschied zwischen den beiden Scheibendurchmessern muß dann $\frac{1}{4}$ des Durchmessers der großen Scheibe betragen. Auf die Durchmesser selber kommt es nicht an. Wählt man $D = 100$ mm, so muß $d = 75$ mm sein; für $D = 80$ mm ergibt sich $d = 60$ mm usw. Es ist leicht, die Maße für beliebige andere Zeichenhalbmesser zu ermitteln.

Angeklebte Maschinen

Bei der bisherigen Befestigung der Maschinen mußten Löcher in die Fußböden geschlagen werden, um sie mit Befestigungsbolzen zu verankern. Diese Art der Befestigung hat sehr viele Nachteile. Der Boden wurde beschädigt und die Tragfähigkeit der Deckenkonstruktion wurde vielfach geschwächt. Außerdem war auf diese Weise die Maschine mit dem Gebäude stark verbunden, was selbstverständlich bei dem Betrieb mancher Maschinen eine Erschütterung des Bodens, vielfach auch des ganzen Gebäudes bedeutete. Neuerdings hat man nun eine Masse erfunden, das Pila-Kollan, das zwischen den Fußböden und den Maschinenfuß gelegt wird und durch Klebung bewirkt, daß die Maschine unverrückbar feststeht. Die Maschine ist gleichsam durch das Pila-Kollan an den Fußboden geklebt und das Pila-Kollan hat außerdem die Wirkung, daß es die Vibration der Maschine und den Schall erheblich dämpft. Die Pila-Kollanbefestigung hat ferner noch den Vorzug, daß die Maschinen bei der Verschönerung nicht als Zubehör des Gebäudes, sondern als Mobilen zu rechnen sind.



Familie und Heim



Der tote Punkt

„Stumpfsinn, Stumpfsinn, du mein Vergnügen,
Stumpfsinn, Stumpfsinn, du meine Lust!“

Dieses Lied hat wohl schon mancher von uns in „angeregter“ Stimmung mitgesungen. Das, was es ausdrückt, kommt uns entgegen; es ist nämlich sehr bequem, man braucht dabei nichts zu denken. Wer stumpfsinnig ist, ist natürlich mit allem zufrieden. Sobald einer aber anfängt, zufrieden zu sein, kommt er auf den toten Punkt. Vorläufig haben wir nämlich noch nicht die geringste Veranlassung, zufrieden zu sein.

Soll man aber denn kein einziges Mal zufrieden sein? Lassen wir diese Frage zunächst einmal offen.

Ich habe schon manches Mal beobachtet, wie gerade Frauen bei unvorhergesehenen Ereignissen händeringend ausriefen: „Wie ist das bloß möglich, wie ist das möglich?“ Und so sollten wir von Rechts wegen immer an die Dinge herangehen mit der Frage: Wie ist das und was möglich? Das Händeringen können wir uns natürlich schenken, aber wir sollten immer nach dem Grunde forschen, nach den Ursachen, nach dem Warum! Sobald einer anfängt, sich zufrieden zu geben, nähert er sich unweigerlich dem toten Punkt!

Das elektrische Licht ist teurer geworden; soll man das so ohne weiteres über sich ergehen lassen? Der Milchpreis ist jetzt wieder erhöht; soll man das hinnehmen? Der Spielplatz unten an der K-Stroßenende, auf dem Hans mit den anderen Kindern immer spielen konnte, der hat jetzt einen Bretterzaun. Ein Warenhaus soll dort gebaut werden! Brauchen wir Warenhäuser? Was haben wir für ein Stadtparlament, das den Verkauf zuläßt! Uha, da liegt der Hund begraben! Die Stadt will Geschäfte machen auf Kosten...? Wie ist das denn mit unserm Stadtparlament? Eins, zwei, vier, fünf — fünf Stadtoberordnete von uns sitzen bloß in der Stadtverordnetenversammlung — ja, da ist es ja eigentlich gar kein Wunder, wenn wir in solchen Fällen wie Spielplatzhergabe und Milchpreiserhöhung keinen Einfluß haben! Das wird ja höchste Zeit, daß das anders wird! Die Beschüsse werden nach Stimmeneinheitigkeit gefaßt, das ist ja wohl so wie im Reichstag. Stand da nicht neulich mal was in der Zeitung von Gemeindevahlen — man müßte doch noch einmal in die Zeitung sehen!

Ja, das wäre wahrhaftig schon ein ganz guter Schritt, wenn die Zeitung mehr gelesen würde! Die Zeitung? Wie? Ist Zeitung nicht Zeitung? Nein, wir müssen unsere Zeitung lesen. Aber bitte, höre ich jetzt diese und jene sagen, ich lese doch die Zeitung. Ja, aber was in der Zeitung wird gelesen? Der Roman schon mal ganz bestimmt, dazu ist er ja auch da. Auch die Tagesneuigkeiten, natürlich; aber wenn da nur irgendwas in W. der Milchpreis erhöht ist, dann kann man ganz bestimmt im hinteren Teil der Zeitung nachlesen, wie das zustande gekommen ist. Und wenn man auch zunächst nichts dran ändern kann, so muß man sich das aber merken, vergleichen mit anderen Gegebenheiten, denn wir werden ja bald Abrechnung halten können! Nichts ist so gefährlich wie Bequemlichkeit im Denken. Man kann sich nämlich auch im Lesen üben, und es ist doch ein recht angenehmes Lob, wenn man von jemand sagen kann: sie ist sehr „belesen“.

Man wird es uns ja aber wohl weniger auf ein Lob ankommen, als auf das Wissen, was wir uns dabei aneignen. Und je mehr wir wissen, um so mehr wollen wir wissen! Wenn wir so lesen und uns in die Ereignisse und Beschüsse vertiefen, dann tauchen Fragen auf, die uns keine Ruhe lassen, deren Beantwortung wir finden wollen, und sie werden sich beantworten lassen!

Es gibt tatsächlich nur ein Entweder — Oder: Entweder ein Teilnehmen an den Geschehnissen oder ein Gleichgültigsein. Und indem einer gleichgültig ist, rückt er dem Stumpfsinn entgegen, vielleicht langsam, aber sicher.

Der größte Teil aller Gleichgültigen besteht aus Frauen! Und zwar sind es unsere Frauen! Von der Freiheit, die unsere Denker jetzt seit zehn Jahren schon offenliegt, haben wir noch den wenigsten Gebrauch gemacht. Wir müssen es immer wieder sagen, immer und immer wieder: Frauen, heraus aus der Stumpfheit! Lassen wir uns nicht immer wieder einjögeln durch Sorgen! Laßt uns fürchten nach dem Warum und Woher!

Wie ist das nun aber mit der Zufriedenheit? Solch immerwährendes Denken, solch immerwährendes Sichbeschäftigen mit den Ereignissen, die in der Stadt geschehen, im Rathhausungs-saal, die können einem ja das Leben verleidern! Daß es da Unannehmlichkeiten gibt, das ist doch klar, und der viele Ärger, den man dabei schlucken muß, nein, da laß ich mich schon lieber in meiner Gemütsfreiheit nicht fesseln und — das weiter! Beim Denken kann man auch so wunderbaren Gesellschaft finden! Beobachte doch mal einen, was es für stumpe Gesichter in den Kaffeehäusern gibt, die sich aus tiefer langer Weile hinter einer Kaffeetasse verbergen und Seher in die Luft starren. Beobachte doch auch mal einen die Gesichter im Kino, wenn es einen von der unergreiflichen Tätigkeit Jugendbergschlämmer gibt. Das geht schon alles längst nicht mehr, der Stoff ist schon längst abgedroschen, sind ja auch immer wieder dieselben Wiederholungen mit „Liebe“ und „Erdbeben“. Manchmal muß man sich fragen: Warum sehen sich so viele solchen Film an? Die Antwort braucht aber nicht lange auf sich warten zu lassen: Da wird einem nicht bloß etwas vorgesetzt, sondern auch vorgedacht, man braucht gar nichts dabei zu denken, man verfolgt die Zeit und braucht sich zu Hause in den vier oder Fünfen nicht zu langweilen!

Und dann sagen wir uns doch einmal ganz ehrlich: Kann die Stumpfheit uns wirklich zufriedinstellen? Kann man sich wirklich wohl dabei fühlen, wenn man sich flammend, daß man bloß andere immer für sich denken laßt? Denn daraus laßt es doch nämlich hinaus: Man laßt andere für sich denken und wendet sich selber, wenn alles anders ansieht, als man es sich wünscht.

Der Vogel Strauß mag es so: Wenn ihm seine Gegner zu dicht auf den Fersen sind, dann steckt er den Kopf in den Sand und bildet sich ein, man könnten ihn die anderen nicht mehr sehen, weil er ja nicht mehr sieht. Wir machen es nicht besser, wenn wir so tun, als wären wir nicht da. Sie kriegen uns nämlich doch, nämlich mit Preiserschöpfung, mit Steuern, mit all den tausend Dingen, über die wir jammern und denen gegen-

über wir uns immer so hilflos anstellen, und in Wirklichkeit sind wir gar nicht!

Es wird ja wohl keine denkende Frau behaupten wollen, daß sie am Stumpfsinn Freude hätte, wenn sie aber um bestimmte Dinge sich bewußt nicht kümmert, wenn sie sagt, lassen Sie mich damit zufrieden, dann ist sie auf dem besten Wege, ihren Geist abtöten zu lassen. Gibt es noch eine Frau irgendwo, die da nicht wüßte, wenn zufriedene, nichts sagende (lies stumpfsinnige) Frauen angenehm sind?

Schnaps und Bier kommt für uns Frauen ja glücklicherweise weniger in Betracht, so daß man etwa sagen müßte: laßt euch nicht den Verstand benebeln. Aber so manches feinerberleibete Schlafpülverchen ist für uns Frauen da in Gestalt von Familienblättchen, Traktatchen gefühlseliger, frommduseliger Gemein-schaftsmenschen, die mit Höllendrohungen und Himmels-gehwafel Frauen einfangen wollen. Und was predigen diese „Apostel“? Zufriedenheit, Demut, Gehorsam, blindes Hoffen auf ein Hirngespinnst, auf die selige Zukunft im Jenseits! Es sollte doch zu denken geben, daß gerade in Industriegebieten wie im Bergischen Land, Elberfeld-Barmen und im schlesischen und thüringischen Heimarbeitersgebiet dieses Mordertum blüht, weil es auch von den Herren Unternehmern mit Geld unterstützt wird. Warum? Nun, weil sie eben an dem besseren Jenseits ihrer Arbeiter mitbauen wollen. Wer wollte etwa, pfui Teufel, annehmen, daß sie „das Volk“, insonderheit die Frauen, in der Dummheit erhalten wollten! Die Hauptsache ist doch, daß ihr Jenseits gesichert ist. Je mehr sie die dieser Welt abgestorben sind, um so fleißiger, um so arbeitsamer sind sie im Hinblick auf die herrliche Zukunft. Um so weniger Ansprüche stellen sie an dieses „arme“ Leben.

Gewöhnlich ist es ja schon zu spät, wenn man an die schon Eingeschlafenen herantritt; aber jede Frau, die nur einigermaßen über Denkfähigkeit verfügt, sollte es sich doch lieber zehnmal überlegen, ehe sie sich so auf den toten Punkt stellen laßt! Wer sich in irgend eine Bequemlichkeit flüchtet, der begeht eine Unterlassungsünde!

Lassen wir uns doch nicht dumm machen! Gehen wir doch mit Fragen nach woher und warum an die Dinge heran, seien wir doch nicht so kritisch, so teilnahmslos, so gleichgültig!

Eine Zufriedenheit, die aus Gleichgültigkeit kommt, ist eine Eigenschaft des Spieglers; lassen wir sie ihm; am Spiegler ist ja doch Hopfen und Malz verloren.

Wir dürfen es nicht vergessen, daß unsere Zeit die des Übergangs ist; daß die letzte Zufriedenheit noch keinen Raum, noch keine Berechtigung unter uns finden kann; daß wir vielmehr alle Kräfte ansetzen müssen, bis wir uns eines Tages jenes Ziel erkämpft haben, das uns Zufriedenheit schenken wird.

Kündigungsschutz schwangerer Arbeiterinnen

Wochenhilfe

Arbeiterinnen, die der Krankenfürsorgepflicht unterliegen und nicht in der Forst- und Landwirtschaft oder in der Hauswirtschaft beschäftigt sind, können die Arbeitsleistung verweigern, wenn sie durch ärztliches Zeugnis nachweisen, daß sie voraussichtlich binnen sechs Wochen wiederkommen.

In der Zeit von sechs Wochen vor bis sechs Wochen nach der Niederkunft ist eine Kündigung durch den Arbeitgeber unzulässig, wenn ihm von der Schwangerschaft oder der Entbindung unzweifelhaft nach Empfang der Kündigung Mitteilung gemacht wird. Ist die Arbeiterin bei Ablauf der Frist an einer Folge der Schwangerschaft oder Niederkunft erkrankt, so verlängert sich der Kündigungsschutz bis zum längstens sechsten Wochen. Ist die Kündigung schon vor Eintritt der Schwangerschaft ausgesprochen und fällt damit in die Schutzfrist, so wird die Kündigung des Arbeitsvertrages um die Dauer der Schutzfrist hinausgeschoben.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen während sechs Wochen nach der Niederkunft ist verboten. Wenn die Arbeiterinnen durch ärztliches Zeugnis nachweisen, daß sie wegen einer Krankheit als Folge der Schwangerschaft oder Niederkunft an der Arbeitsleistung verhindert sind, so sind sie berechtigt, während weiterer sechs Wochen die Arbeitsleistung zu verweigern. Zur Gewährung des Entgelts für eine Zeit, in der Arbeit nicht geleistet wird, ist der Arbeitgeber nur verpflichtet, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist.

Beisitzliche Beisitzer, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens 10 Monate und davon mindestens sechs Monate im letzten Jahre vor der Niederkunft gegen Krankheit versichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe:

1. bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden Gehaltshilfe, Arznei, kleinere Heilmittel und notfalls ärztliche Behandlung;
2. einen einmaligen Beitrag von 10 M. zu den Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden; findet eine Entbindung nicht statt, so sind als Beitrag zu den Kosten der Schwangerschaftsbeschwerden 6 M. zu zahlen;
3. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, mindestens jedoch 50 % täglich, für vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft;
4. ein Stillscheld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 5 M. täglich bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft, solange sie ihre Kindergeborenen füttert.

Das Wochengeld vor der Entbindung wird für weitere zwei Wochen gezahlt, wenn die Schwangere keine Beschäftigung gegen Entgelt erlangt und vom Arzt festgestellt wird, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfindet.

Das Wochengeld für die Zeit vor der Entbindung wird jeweils jeiert zollt. Der Anspruch auf Wochenhilfe bleibt auch dann bestehen, wenn die Beisitzerin innerhalb sechs Wochen vor der Entbindung wegen der Schwangerschaft aus der Versicherung ausgeschieden ist.

Unterfuchungen bei zwanzigstägigen Fasten

Dr. Margarete Freund untersuchte sich in der hydrotherapeutischen Anstalt der Universität Berlin freiwillig einem zwanzigtägigen Fasten, um wissenschaftliche Beobachtungen anzustellen zu können. Während dieser Zeit trank sie (nach ihrem Verstand) nur Wasser nach Bedarf und nahm täglich den Saft von zwei Zitronen ohne Zucker zu sich. In dieser ganzen Zeit rahte Dr. Freund nicht etwas viel, sondern sie hatte im Gegenteil erhöhte geistige und körperliche Arbeit zu leisten. Das anstrengende bei längerer Nahrungsenthaltung ist die Gewichtszunahme. Sie betrug 19 Pfund, das Gewicht fiel von 133 auf 120 Pfund. Die Abnahme erfolgte nicht gleichmäßig, sie war

in der ersten Woche am stärksten und betrug 11 Pfund, in der zweiten 5 Pfund und in der letzten Woche 4 Pfund. Nach beendeten Fasten stieg das Gewicht rasch an, in den ersten zwei Wochen um 8 Pfund, in den nächsten zwei Wochen um 10 Pfund, nach acht Wochen war das alte Gewicht längst wieder erreicht.

Was die Wirkung des Fastens auf den Stoffwechsel anlangt, so ist das Fasten für den Körper ein Reiz, der unter anderem zur gesteigerten Ausscheidung führt, alte Krankheitstoffe, abgelagerte Gifte, angesammelte Stoffwechselprodukte werden verbrannt. Die Körpertemperatur sank um mehrere Zehntelgrade, die Hände und Füße waren weiß kalt und blau. Auch die Pulszahl sank, der Puls blieb bei Ruhe kräftig, doch trieben ihn bereits geringste körperliche Anstrengungen stark in die Höhe. Die Nieren leisteten beim Fasten erhöhte Arbeit.

Die ersten zwei bis drei Tage wurden spielend durchgehalten, am vierten Tage setzte jedoch ein ausgesprochenes Krankheitsgefühl ein. Die Beschwerden bestanden in Mattigkeit, Gliederschmerzen, Unbehagen, Frösteln und Schwindelgefühl. Hungergefühl bestand in dieser Zeit nicht mehr. Regte sich einmal der Appetit, so höchstens auf gewisse Speisen, vor anderen wie zum Beispiel vor Eiern und Milch bestand geradezu Widerwillen. Die geistige Tätigkeit erforderte immer erst die Überwindung einer gewissen Trägheit, doch waren die eigentliche Denkfähigkeit und das Gedächtnis nicht beeinträchtigt. Es bestand eine starke Unlust hinsichtlich jeder körperlichen Betätigung noch so geringen Grades. Alle Bewegungen wurden unwillkürlich auf das allgeringste Maß eingeschränkt. Seelisch trat keine Veränderung ein, die Stimmung war gleichmäßig und nicht schlecht. Die Beschwerden waren nicht dauernd in gleicher Heftigkeit vorhanden, sondern steigerten sich zeitweise, um dann wieder bedeutend nachzulassen. Am unangenehmsten war der 7., 8. und 9. Fastentag, vom 12. Tag ab besserte sich der Zustand langsam aber stetig. Der Schlaf wurde besser, das allgemeine Schwächegefühl ließ nach.

Das Fasten macht den gesunden Körper zunächst krank, den kranken Körper noch kränker. Der Organismus befindet sich offenbar in einem Zustand erhöhter Krankheitsbereitschaft für organische Leiden. Alte krankliche und schwächliche Menschen würden durch längere Nahrungsentziehung noch mehr herunterkommen. Dagegen bei geeigneten Menschen, sachgemäß durchgeführt, schadet die Fastenkur nicht nur nicht, sondern sie ist sogar imstande, auf Grund der veränderten Stoffwechselvorgänge krankhafte Zustände zur Norm zurückzuführen.

Dr. W. S.

Wie bewahrt man Obst auf?

Manche Hausfrau freut sich schon darauf, Obst einzulagern, zu überwintern, im Winter einige vorzügliche Äpfel auf den Mittagstisch stellen zu können. So leicht ist es aber nicht, für den Winter frische, saftige Äpfel und Birnen auf den Tisch zu bringen, und mühselig ist oft die Arbeit, die mit der Überwinterung verbunden ist. Wer nicht schuldlos verfährt, kann erleben, daß sein Obstschag in wenigen Monaten verfault und verdorrt. Ein fauler Apfel unter gesunden Äpfeln kann schweren Schaden anrichten.

Die Aufbewahrung des zu überwinternden Obstes ist deshalb für die Hausfrau von größter Wichtigkeit. Zuerst: Wo soll sie das Obst lagern? Im Keller, auf dem Speicher? Im Zimmer? Am besten, wenn es geht, im Keller, der eine durchschnittliche Temperatur von 2 bis 4 Grad haben soll. Selbstverständlich läßt sich das Obst auch im Zimmer aufbewahren, nur muß dann die Temperatur des Zimmers immer gleichgehalten werden. Es muß oft durchgelüftet werden, ohne daß Zugluft entsteht, und der Raum muß möglichst lichtlos gehalten werden, weil die Äpfel sich leichter bei Lichtzufuhr verderben.

Wie soll das Obst aufbewahrt werden? Am besten natürlich auf Balkenbrettern, so daß immer Luft durchgehen kann. Jedes einzelne Stück wird abgerieben, wenn möglich in weiches Papier gewickelt, in kleinen Abständen auf die Bretter gelegt und dann mit Zeitungspapier bedeckt. Äpfel legt man mit dem Stiel nach unten und Birnen mit dem Stiel nach oben. Notwendig ist das öftere Nachsehen, damit keine faulen Früchte dabei liegen, die sofort andere, gesunde anstecken. Man tut gut, wenn man ein Gefäß mit Wasser in den Raum stellt, damit die Luft nicht ganz trocken ist. Zimmer mit feuchten Wänden selbstverständlich vermeiden, ebenso das Zusammenlegen von Obst und Gemüse. Denn empfindlich ist das gute Pflüschobst, das sofort den Geschmack des betreffenden Gemüses annimmt.

Darüber braucht man nichts mehr zu sagen, daß Obst, besonders Äpfel, nicht nur schmackhaft ist und deshalb auch auf den Tisch des einfachsten Arbeiters gehört, sondern er sich erlauben kann, Obst einzulagern, sondern daß es sogar wichtig ist als Nahrungsmittel, als Verdauungsmittel, gebraucht werden kann als Arznei, beförmlich ist nach jeder fetten Mahlzeit, sehr gut für den Magen, für schlechte Verdauung und blutige Stühle bei gleichzeitigen Störungen.

Marie Debus.

Das Heim

Wohl nur wenige Wörter bergen einen so hohen Gemütswert für uns, wie das Heim und seine Ableitungen Heimat, heimlich, anheimelnd usw. Und doch hat im Laufe der Zeit eine ganze Gruppe von Wörtern, die mit ihm zusammengehört sind, ihren ursprünglichen guten oder wenigstens harmlosen Sinn in das Gegenteil verkehrt. Wie ungemüht erscheinen uns heute die Wörter heimlich, heimlich, einem heimleuchten, es einem heimzahlen! Man hat sie so oft ironisch, das heißt mit verstecktem Spott gebraucht, daß ihr einst freundliches Gesicht uns nun haßverzerrt erscheint. Heim zu suchen bedeutet ursprünglich „einen in seinem Heim besuchen“. Maria sucht Eliabets Heim (Lukas, Kap. 1); zur Erinnerung daran wird das alte kirchliche Fest Mariä Heimsuchung (2. Juli) gefeiert. Aber schon im Mittelalter bedeutet heimssuche meist den strafbaren Hausfriedensbruch und „einen heimsuchen“: ihn in seiner Behausung feindlich überfallen. Einen heimlichsehen bedeutet: ihn gehörig abfertigen, abweisen, zum Beispiel die Feinde mit blutigen Köpfen heimlichsehen. Der Spott tritt noch deutlicher hervor in dem häufigen Zufuge: so daß sie das Wiederkommen verfehlen. Heimleuchten liegen sich Vornehme früher, als die Straßenbeleuchtung mehr dem Monde überlassen wurde, durch einen Diener mit Fackel oder Laterne. Wie bössartig steht das Wort heute aus! Einem etwas heimzahlen wurde ursprünglich vom Zurückzahlen eines entliehenen Kapitals gebraucht. Weniger angenehm ist es, wenn einem heute etwas „heimgezahlt“ wird. Der ironische Zufug „mit Zinsen“ erinnert noch an die alte Bedeutung, die wir schon ganz vergessen haben.

(Deutscher Sprachverein.)

Sprachstreit

„Seint is' hoah.“
„Das heißt heil, Paas ist ein Tier.“
„Na, da log ma Hoos.“
„Roast a Bückjens.“
„Re, Bückje ist ne Glinte.“
„Na, geht ma mit ent Berliner Deitsch.“

Liebenswürdig

Frau: „Einstmals jagtest du sters, lieber wolltest du mit mir zusammen in der Hölle, als ohne mich im Paradiese sein.“
Mann: „So, das hab' ich gesagt? Na weißt, Alte, dieser Wunsch aus den Jahren meiner Jugendzeit hat sich ja auch wunderschön erfüllt.“

Mehr Menschlichkeit!

Der Kapitalismus hat das Leben so berechnend gestaltet und so nüchtern gemacht und so ohne Wärme und Menschlichkeit. Jeder ist eine Nummer im arbeitenden Leben. Jeder ist ein wirtschaftlicher Energiewart, und nur als solcher wird er geschätzt. Darum ist das Leben der Arbeit so wenig erfreulich, so wenig den innerlichen Menschen befriedigend.

Dieser geistige Charakter des Arbeitslebens hat leider auch auf das Zusammenleben der arbeitenden Menschen abgefärbt. Da steht in der Stille des Schaffens so oft nur der wirtschaftliche Energiewart neben dem wirtschaftlichen Energiewart und so wenig der Mensch neben dem Menschen. Muß das sein?

Es heißt dem kapitalistischen Geiste doppelt zu dienen, wenn ihm auch noch die Menschlichkeit im Zusammenleben der Arbeitenden geopfert wird.

Wenn der Mensch einmal das Höchste im Zusammenleben bedeuten soll, dann wollen wir dieses Menschliche in uns allen erhalten und pflegen und freundlich zum Menschen sein. Und eine Gemeinschaft der Schaffenden bilden. Und Kollegialität durchglüht sein lassen von Menschlichkeit.

Und besonders zu den Jungen wollen wir freundlich sein, damit sie fühlen, was Menschlichkeit bedeutet. Und damit sie niemals irre werden am Menschentum.

Menschlich untereinander! Und wir dienen auch damit unserer Befreiung, denn wir erleben damit täglich der großen Befreiung Sinn.

Das Volk als Träger der Geschichte

Von „Geschichte“, die Gewordenes nicht anders erklärt als Auswirkung der Tätigkeit „großer“ Fürsten und Politiker und der besseren Waffen in den kriegerischen Zusammenstößen, wird die schaffende Bevölkerung eines bestimmten nicht erfahren: ihren eigenen Anteil an der Entwicklung der Menschheit und die Aufgabe, die sie ihr zu stellen hat. Daß heute noch immer Millionen den Phrasen von der guten, alten Zeit anhängen und den Leuten hordern, die Kuroffierstiefel als den eigentlichen Motor des Aufstieges betrachten, ist sicherlich eine Folge jener bis zum Zusammenbruch der Monarchie, ja vielfach noch heute in den Schulen üblichen Geschichtsdarstellung, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zuständen und Ansprüchen in politischen Geschehnissen keine Aufmerksamkeit schenkt. Und wenn jene Verbundenheit mit der Republik, die sie als selbstverständlichen Zustand politischer Ordnung betrachtet, heute noch in weiten Teilen des deutschen Volkes nicht vorhanden ist und an deren Stelle Gleichgültigkeit gegenüber der Staatsform, verborgen hinter dem Einband „unpolitisch“, Gesinnung herrscht, die die aufbauende Arbeit für das arbeitende Volk auf sozialem und öffentlich-wirtschaftlichem Gebiete so ungeheuer erschwert, so ist das gewiß eine Erscheinung, die auf das lebhafteste bekämpft werden muß.

Doch wird solch Bemühen nur erfolgreich sein, wenn aus der Geschichte die Lehren gezogen werden, die jedem Volksgenossen seine unmittelbare Verantwortlichkeit in ihren Lauf nachweisen. Nur dann kann jener „unpolitische“ Einstellung zu Seite gegangen werden, die einst den deutschen Monarchen und ihren Beauftragten ihr dynastisches und machtpolitisches Spiel erleichterte, Gut und Blut und Arbeit des Volkes zu Spielmarken weniger herrschender Gruppen machte.

Zu solcher Aufklärung und Erziehung der Massen, die von höchster Bedeutung für den Erfolg aller politischen wie gewerkschaftlichen Arbeit der proletarischen Klasse, ist ein vortrefflicher Führer die „Geschichte des deutschen Volkes“ von Dr. Fritz Weyling. In zusammenfassender Darstellung führt sie ein in den soziologischen Werdegang der deutschen Entwicklung seit dem Zusammenbruch des römischen Reiches, des deutschen Absolutismus überhaupt. Was in der bisher üblichen Geschichtsschreibung erscheint als Zufälligkeit, als „nationales“ Unglück und wie die Ausreden für monarchistische Lobjäger sonst heißen, gewinnt in der Weylingschen Auffassung der Geschichte als einen organischen Zusammenhang von sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ideenentwicklung jenen Charakter der Gesetzmäßigkeit, die Ursache und Wirkung verbindet. Das Volk in seiner Gesamtheit erscheint nunmehr als Träger der geschichtlichen Entwicklung und zugleich wird klar, was gegen sein Wohl gesündigt wurde und wie es zur Katastrophe von 1914 kam.

Für den Gewerkschafter wie überhaupt den Funktionär der proletarischen Klassenbewegung von besonderem Werte sind Weylings Schilderungen der gewaltigen Rolle, die das Verhältnis von Kapital und Arbeit, von Proletariat und kapitalistischer Wirtschaftsordnung, das in der eingangs unrichtigen Geschichtsauffassung überhaupt keinen Platz hat, in der modernen Entwicklung Deutschlands spielte. Hier zeigt sich am treffendsten die Wechselwirkung von politischem Willen und geschichtlichem Ergebnis, die entscheidend zu beeinflussen Aufgabe der proletarischen Klasse und Voraussetzung des Gesamtfortschritts der Arbeiterklasse zur herrschenden Kraft im modernen Staat ist.

Weyling, der überzeugte Republikaner und Sozialist, hat sein Werk mit dem pädagogischen Ziel geschrieben, das ihm Lebensinhalt ist: die Massen zu begeistern für ihre eigene Aufgabe in der Kultur- und geschichtlichen Entwicklung der Menschheit und die loszulösen von jener verhängnisvollen Einstellung, die Politik als Aufgabe von Fachleuten begreift.

Es geht dabei um das Geschick der Masse selbst: und sie selbst muß eingreifen können, um ihr Schicksal zur Freiheit und Gleichheit gestalten zu können. Die Hinweise hierzu hat Weyling in seiner „Geschichte des deutschen Volkes“ gegeben.

Das Werk ist jetzt auch in einer Volksausgabe circa 400 Seiten stark in bester Ausstattung zum billigen Preise von 3,75 M., in Leinen gebunden, erschienen und von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhältlich.

Kein Gewerkschafter sollte veräumen, sich dieses wertvolle Geschichtswerk zu beschaffen. Die Ortsauschüsse des ADGB sowie deren Funktionäre vermitteln die Bestellungen.

Geheimnisvolle Doppelgänger

Charles Richardson, ein reicher, bekannter, in Neu-York namhafter Möbelfabrikant, Millionär, kam mit seinem eleganten, leuchtendblauen Privatauto unter die Räder des heranfahrenden Güterzuges. Das Auto wurde zertrümmert, Charles Richardson war sofort tot.

Die Zeitungen berichteten groß und ausführlich darüber. Es war eine Sensation.

Das Unglück geschah am 6. September, vormittags 11 Uhr. Wenige Tage später stand in den Zeitungen, klein, unscheinbar, kaum zu finden unter den üblichen Tagesneuigkeiten, den Anzeigen, eine kleine Notiz, daß Henri Negrelli, ein Varpotier, von einem Kraftwagen überfahren und auf der Stelle getötet wurde.

Es war am 6. September, 11 Uhr vormittags.

Wem fiel diese Duplizität auf? Wer sah hier Zusammenhänge? Täglich passieren Unglücke, stündlich sterben Menschen auf der Straße, ein Opfer des Verkehrs, der Autos, der rasenden Geschwindigkeit, des heutigen Tempos.

Charles Richardson und Henri Negrelli starben am selben Tag und zur selben Stunde, beide verunglückten tödlich.

Beide waren Doppelgänger. Sahen sich ähnlich, einer wie der andere, fast erschreckend, räumten wir Zwillinge. Beide waren 51 Jahre alt. Beide waren am 11. Mai geboren.

Reisebilder aus Südfrankreich

Von Paul Haase

Mit dem Berliner ins Ausland wandern ist heute nicht mehr möglich, Ausflugsfahrten können es versuchen, wenn sie viel Geld in der Tasche haben, am besten ist es aber, man schließt sich den Studienfahrten des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, an. Für 35 M. erhält man von dort das Jahresprogramm, kann sich eine Reise wählen und Reisegeld zusammenkassieren. Nur so wird eine Großfahrt möglich, die zum dauernden Erlebnis wird. Ich machte die Reise nach Südfrankreich, an die Riviera, nach Monaco und in die Schweizer Berge mit 11 Tage währte die Fahrt und sie zählt zu den schönsten meines Lebens. Etwas will ich hier von der Reise erzählen.

Die Sorge um Marschrichtung, Quartierbeschaffung, Überlegung und andere Schwierigkeiten, die dem Sprachuntunigen im Ausland viel zu schaffen, den meisten Menschen eine Auslandsfahrt unmöglich machen, hat uns die Leitung des Reichsausschusses abgenommen, man kann sich also voll und ganz der Reise und der Natur widmen. Selbst ein Arzt befand sich unter den Führern, so daß auch Sorgen über das Wohlergehen in heißen Ländern nicht aufkommen konnten. Uns blieb nur, die Augen aufzumachen und die Welt, die Städte und ihre Menschen zu sehen.

Die Fahrt ging von Frankfurt a. M. aus. Die Zureise zum Sammelpunkt war Angelegenheit jedes einzelnen. Dann ging die Gesellschaftsreise los: Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe, Kehl a. Rh. Hier war Zoll- und Passkontrolle, die ohne Aufenthalt vorstatten ging. Auch der Geldwechsel wurde vorgenommen und die Rechnung mit Franken nahm ihren Anfang. Pöhlern und schleppen uns dann der Zug über die Rheinbrücke und bald wurde von ferne das Wahrzeichen Straßburgs, das Münster mit seinem 142 Meter hohen Turm, dessen Zwillingstürme nur bis zur ersten Plattform fertiggestellt ist, sichtbar. Wir durchfahren Gelände, in dem Festungswerke mit der Front gegen den Rhein aufgerichtet wurden. Die früheren deutschen Festungswerke mit ihrer nach Westen gerichteten Front verfallen und werden geschleift.

Straßburg

Straßburg ist eine alte Stadt, von weltgeschichtlichen Kriegen und Kämpfen umtobt. Die Dichter haben das schicksalreiche, wunderbare Straßburg viel besungen. Heute ist Straßburg eine stille Stadt geworden, am Tage fällt die Ede vor dem Bahnhof besonders auf, zwei bis drei Droschken mit dösemten Rutscher und Gaul stehen da, auf der anderen Seite einige Autodroschken, die schon vor dem Kriege moderner Bauart gewesen sein mögen und ab und zu schleicht ohne Haß und Lärm eine Straßenbahn über den weiten Platz, die ihre Fahrgäste vor dem Bahnhof entläßt. Ein Kleinstadtbild im Rahmen einer Stadt von 170 000 Einwohnern. Früher germanisierte hier Deutschland, pflanzte eine Kultur auf, heute wird mit gleichem Eifer französisiert. Das ist vorerst nur an den geänderten Straßennamen sichtbar; aus Straße sind „Rue“ und „Avenue“ geworden, die Plätze haben sich in „Place“ verwandelt und das Straßburger Bier kommt nicht mehr aus der Brauerei, dafür aber aus der Brasserie.

Unsere Fahrt geht südlich durch das schöne Elsaß weiter. Links in der Ferne steigt der Schwarzwald empor und zur Rechten schieben sich Bogen und Wägenwald immer näher an die Bahn heran. Namen lauten auf, die an den Krieg erinnern, grau und trübsig ragt aus dem Vergnügen der Hartmannsweiler Kopf auf, der blutige Zeuge aus dem Weltkrieg. Wir passieren Kolmar, Mülhausen, dann begleitet uns ein Stütz der Rhein-Rhône-Kanal und wir nähern uns der französischen Festung Belfort, die im Krieg 1870 eine bedeutende Rolle spielte und nicht bezwungen werden konnte.

Nach Belfort kommt eines der schönsten Gebiete Frankreichs, das herrliche Tal des Doubs. Durch mildromantische Anläufer des französischen Jura-gebirges, deren kahle Felskegel aus dunklem Lössgrün ragen, windet sich der Fluß der Saône zu. Im hübnem Bogen, an Felsen geschmiegt und durch zerklüftetes Gestein gezwängt, folgt die Bahn dem Lauf des Flusses, vorbei an Montbéliard mit dem bekannten Schloß Montpelgar, das bis vor 125 Jahren noch zum Haus Württemberg gehörte, weiter bis Besançon. Besançon und Montbéliard sind die Zentralen der französischen Uhrenindustrie. Noch 5 Stunden fahren wir durch die fruchtbare Ebene des alten geschichtlichen Burgund und wir kommen nach Yvon.

Zwei Menschen, die sich nie gekannt hatten, Weber verwandt waren, noch sonst in Beziehungen zueinander standen, ahnelten sich wie Geschwister, waren am selben Tag und im selben Jahr geboren, wie sie auch zur selben Stunde und am selben Tage tödlich verunglückten. Geheimnisvoll?

Einst trafen sich beide. In einer Bar. Richardson steigt aus dem Auto, sieht den Varpotier, stutzt, schaut noch einmal hin, erschrocken und sieht in sein Gesicht, seine Augen, sieht sich selbst in einer Portiersuniform. Sein Doppelgänger. Später, nachdem er sich ein wenig beruhigt hatte, läßt er den Portier zu sich rufen, fragt ihn aus, nach Namen, Familie, Geburtsort. Erfährt, daß er wieder mit ihm verwandt noch in irgend einem Zusammenhange mit ihm verbunden ist. Ein Rätsel. Er fragt weiter, wie alt: 51 Jahre! So alt wie er. An welchem Tag geboren? 11. Mai! Sein Geburtstag!

Das ging dem Millionär Tage, Wochen, ja Monate durch den Kopf, und immer wieder mußte er an seinen Doppelgänger denken. Seltsames Schicksal, beide starben am selben Tage und in derselben Stunde! Geheimnisvoll!

Die Tatsachen stimmen und sind nicht erlogen, erfunden und zusammengetragen.

„Horatio, es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde, von der ich unsere Schulweisheit nichts träumen läßt!“

Die Verleumder der Arbeiter

Mit welcher Dreistigkeit bürgerliche Zeitungen die fortschrittlichen Arbeiter und ihre Vertreter beschimpfen, dafür liefert die „Frankenwälderische Landeszeitung“ ein Beispiel. Zum 9. November schreibt dieses Presseexemplar:

„Es ist die Tüfe einer schlechten Gesinnung und des persönlichen Egoismus, niedriger Triebe und rauchgieriger Instinkte, aus der die Gewalten emporkommen, die sich der Macht über Deutschland und das deutsche Volk zu bemächtigen. Es sind düstere Gestalten, die an der Wiege der Republik vom 9. November stehen. Das Morgenrot einer neuen, oft erachteten und oft besungenen Zeit vernag die deutsche Nation hinter dem schmutzigen Gewölle der Korruption und der Konjunkturpolitik kaum zu erkennen. Die Gasse und die Masse, in der Geschichte der Menschheit zu allen Zeiten nur verächtliche Begriffe, werden zum Objekt der Kämpfe um die Macht.“

Die „verächtliche Masse“ das sind die deutschen Arbeiter. Sie waren gut genug, 45 Jahre in Dred und Grauen des Weltkrieges Deutschland zu schützen. Sie sind auch gut genug, die Hauptlasten der Steuern zu tragen und für die Besitzenden alle Annehmlichkeiten des Lebens zu schaffen. Wenn sie aber ihre politischen Fesseln abstreifen und sich Staatsbürgerrechte erringen, dann werden sie als verächtliche Masse beschimpft. Das ist widerliche Spießersprache! Dabei gibt es noch Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte, die solche Zeitungen lesen und sie mit ihrem sauer verdienten Geld unterstützen. Aus mit dieser Subelpresse aus der Arbeiterwohnung!

Frankenwälder Eisenbahn

Man braucht nicht Nationalist zu sein, um die Unterschiede der französischen und deutschen Eisenbahn zu erkennen. In Frankreich ist die 8. Klasse mit lebergelbten Eisen ausgestattet, es fährt sich ganz schön, nur stört uns die sprichwörtliche Unsauberkeit. Dazu kommt, daß eine stark rauchende Kohle verbrannt wird, die in kurzer Zeit alle Zugmaschinen mit einer Dreckkruste überzieht. In den Klosetts sind wohl Waschgelegenheiten, selten aber Wasser und der Behälter für flüssige Seife ist mit riechendem Wasser gefüllt, das beim Waschen vollständig verfliegt. Der Aufenthalt auf den Klosetts erfordert Überwindung. Viel Mühe mit dem Reinigen nimmt man sich nicht. Die Bahnhöfe sind meist unfreundlich und schmutzig, die Fahrgäste laufen über die Schienen, Untertunnelungen gibt es wenig. Die Bahn fährt, wenn sie fertig, das stimmt mit keinem Fahrplan und man tut gut daran, seine Zeit nicht zu knapp zu berechnen.



Schon hinter Belfort ging die Dummheit los. Unser gemütlicher Fahrgenosse, der bide Schulle aus Berlin, sah sich beim langen Halten auf freier Straße wiederholt genötigt, seine gesamten französischen Sprachkenntnisse zusammenzunehmen und den pfeifend am Zug entlang laufenden Zugführer anzusprechen: „Mosjo, Träng kaputt!“

„No! No! Noooooh!“ war die tröstende Zusicherung, trotzdem dauerte es in der Regel immer noch sehr lange, bis der Zug langsam wieder in Gang kam.

Yvon

Unser erstes Fahrgastziel war Yvon, die drittgrößte Stadt Frankreichs, mit 600 000 Einwohnern liegt sie am Zusammenfluß der Saône und Rhone. Yvon ist eine Gründung der Gallier und gehörte im 13. Jahrhundert sogar zum Deutschen Reich. Heute ist es eine der fortschrittlichsten Industriestädte Frankreichs. Wegen der bedeutenden Seidenindustrie nennt man Yvon auch die Stadt der Seide. Die Stadt ist mit schönen Baudenkmalern geschmückt, hat die schönste Kirche Frankreichs, die Kathedrale Saint Jean, die im 14. Jahrhundert vollendet wurde und noch heute durch die Jahrhunderte bewahrt in ihrer alten Pracht erhalten ist. Schön ist auch der 100-jährige Justizpalast, die Rhonebrücken, Bahnhöfe usw., über allem thront aber auf einer Anhöhe die Basilika de Fourviere, eine neuere, im überladenen bizantinischen Stil erbaute Kirche. Das mächtige Portal und die vier Ecktürme sind schon zu nennen. Für wenig Geld fuhr uns ein thoner Droschkenkutsch durch enge, orientalische anmutende Berggassen hinauf zur frommen Stätte. Es war Freitag, die Kirche hatte Gottesdienst. Wir traten ein, an allen Ecken summt, murmelt und betet es, ein Getöse wie in einem Warenhaus. Neben werden nicht angehört, alle murmeln monoton halblauten Vitaneten durcheinander. Unbekümmert darum zeigt uns der Führer die wunderbaren Wandmalereien und Gemälde, aus deren Fugen weißgeleimte Priester die Gnade der Heiligen auf die in Menge umherstehenden bußfertigen Menschen herabläßt. Wir sind vorfichtig, möchten wir doch nicht diese Menschen in ihrer Anbacht stören; anders unser Führer, mit einer Selbstverständlichkeit vollendet er seine Führung, er hat wohl die Gewissheit, daß die sich doch nicht aus ihrem Sermon herausbringen lassen.

Schon wie die Stadt ist auch die Verpflegung, die uns guttelt. Das erste Mal erhalten wir französische Küche mit ihren vielen Gängen — genauer gesagt, mit ihren vielen Käpfen und wenig darauf. Immerhin wird reichlich gegeben und wir unzufriedenen Deutschen haben ein, daß wir schon von dem Gots d'Yvonne — der Vorspeisen — gehörig satt geworden sind und nur mit größter Anstrengung die folgenden Gänge von Suppe, Fisch, Fleisch, Kompott und Eis zwingen können. Ungern scheiden wir von der schönen Stadt Yvon. (Fortsetzung folgt.)

Flüssiges Brot

Der Professor der Hygiene an der Technischen Hochschule in Zürich, Dr. v. Gengenbach, zugleich Schriftleiter der „Schweizerischen Zeitschrift für Gesundheitspflege“, nimmt auf eine aus Brauerkreisen stammende Flugschrift „Gepfen und Wals, Gott erhalt!“ Bezug, die in großen Massen verbreitet wird. Eine geschickte Reklameschrift nennt er sie, legt aber auf die darin enthaltenen „hohen Wahrheiten“ den Finger, die „auch Unwahrheiten sein können“. So schon, wenn bei solcher Reklame von der Unschädlichkeit des Alkohols in der bestimmten Form in Gestalt des Bieres „in mäßigen Mengen“ gesprochen werde — als ob die Brauerkreise vom mäßigen Trinken blieben könnten, als ob sich mit diesem die hohen Reingewinne und Dividenden erzielen ließen und nicht mit einem Massenverbrauch! Gewiß sei weiter das Bier das billigste Genussmittel, ein Volksgetränk geworden. Es lasse die Erfrischungsgetränke nicht hoch kommen, beispielsweise die Milch, die in erster Linie ein Volksgetränk sein könnte. Bier wird als „flüssiges Brot“ bezeichnet. Immer wieder pochen die Brauerkreise auf dieses „Nährwert“, wobei sie den Brennwert des Alkohols zu dem der Extraktstoffe hinzurechnen. Lassen wir dies vorerst gelten, so ergibt die Berechnung doch, daß Milch zum gleichen Preise das Dreieinhalbfache an Nährwert enthält, Brot gar das Neuneinhalbfache, und da spricht man noch von flüssigem Brot! Nun kommt aber hinzu, daß der Ernährungsphysiologe die Alkoholkalorien (Wärmeinheiten des Alkohols) denjenigen der Extraktstoffe niemals gleichsetzen kann, weil sie sich im Körper anders verhalten, das heißt weil der Alkohol im Körper viel langsamer verbrennt als zum Beispiel Zuckerkoffe, und weil der Alkohol eben gleichzeitig ein nachteilig wirkender, also die Zellen in ihrer Tätigkeit störender Stoff ist. Da nun über die Hälfte der Bierkalorien Alkoholkalorien sind, so schwindet der Wert dieses „flüssigen Brotes“ weiter um die Hälfte. Dies zur Steuer der Wahrheit. Und nun will ich als Nichtfanatiker niemand vor seinem Glas Bier graulich machen; er mache sich aber dabei nicht vor, er sei ein besonders guter Volksmann bei seinem Volksgetränk, und vor allem nicht, er ernähre sich billig mit dem „flüssigen Brot“.

Die Volkshilfe

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Vereinigungen, die in allen Teilen Deutschlands Rechnungsstellen unterhält, in sämtlichen größeren Orten vertreten ist, konnte im Oktober d. J. in bezug auf ihren Antragseingang das bisher beste Ergebnis erzielen, wurden doch in diesem Monat rund 55 000 Versicherungsanträge gestellt. Damit erhöht sich die Zahl in den zehn Monaten des Jahres 1928 auf insgesamt 452 507 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung mit 206 Millionen Mark Versicherungssumme.



Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfalle vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der ünglästlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu erhalten habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt nun bei den örtlichen Verwaltungstellen jederzeit erfolgen oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter E. A. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“

Hamburg, im November 1928. Der Vorstand.

Die Idee der Republik

Von Max Adler (Wien)

Was ist es aber, das bei dem Klang des Wortes Republik seit jeher wie ein Zauber auf das Gemüt der Menschen gewirkt hat und noch wirkt, so daß dieser Name wie die Anrufung eines Heiligtums erscheint und daß von ihm ein Glanz ausgeht, wie nur von den höchsten Idealen der Menschen? Was ist es, das diese Idee der Republik trotz ihres Alters — war sie doch schon der Stolz und das politische Ideal des klassischen Altertums — so jugendfräftig erhalten hat, daß sie sich mit dem jüngsten politischen Ideal unserer Zeit, mit dem Sozialismus vereinigen, ja bei manchen Anhängern desselben sogar an dessen Stelle treten konnte? Das kommt daher, daß das Wort Republik tatsächlich etwas Hohes bedeutet, ja das höchste Ideal des gesellschaftlichen Lebens. Republik — das ist die freie und solidarische Gemeinschaft der Menschen im Staate, die alle Angelegenheiten des Zusammenlebens in freier Selbstbestimmung formt. Dieser Sinn liegt schon in der Wortbedeutung dieses Namens; denn das Wort Republik kommt von dem lateinischen Ausdruck *res publica*, was wörtlich übersetzt bedeutet: gemeinsame Sache. Wenn also der Staat eine Republik werden soll, so bedeutet diese Forderung, daß der Staat nicht mehr die Sache eines stolzen Herrschers sein dürfe nach dem berühmten Muster Ludwig XIV.: „L'état c'est moi“ (Der Staat bin ich), und ebensowenig die Sache einiger Aristokraten, aber auch nicht die Sache der Reichen und Besitzenden, sondern daß er eben die Sache aller werden müsse, die gemeinsame Angelegenheit aller Bürger des Staates. Und dieser Gedanke enthält nicht etwa bloß die Vorstellung, daß alle Bürger gleichermaßen in Staatsangelegenheiten mitbestimmen sollten, was ja nur zu einer politischen Gleichberechtigung führt, sondern die Idee einer wirklichen Gleichheit im Leben der Menschen. Was bei dem Namen der Republik die Herzen höher schlagen ließ, das war also nicht bloß der Gedanke des Sturzes aller Tyrannen, aller Unfreiheit und Ungleichheit, sondern der Ausblick in eine neue Gesellschaftsordnung, die ein freieres und glücklicheres Leben für alle ermöglichen sollte. So klingt es auch in dem Jubelgedicht Freiligraths:

Hoch die Republik!
Kein Kriegen mehr und Spalten!
Nur fester Bund zu Lieb' und Glück!
Nur Brüderlichkeit — die Republik!
Und menschlich schon Entfallen!
Die Republik! Die Republik!
Vive la république!

Das Bürgertum, das dieses Ideal von der Republik einst als sein eigenes vertreten und in seinen Revolutionen dafür gekämpft hat, ist längst zum Verräter an ihm geworden, denn es mußte alsbald gewahr werden, daß dieses Ideal von ihm nicht verwirklicht werden konnte. Was war es, woran auch nach dem Sturze des Absolutismus, nach dem Sturze der Aristokratie und nach Aufrichtung der bürgerlichen Demokratie und Republik die Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit aller scheiterte? Sie scheiterte daran, daß auch die demokratische bürgerliche Republik die Grundlagen der bürgerlichen Rechts- und kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestehen lassen muß, ja diese eigentlich erst zur freien Entfaltung bringen will, nämlich das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die darauf begründete kapitalistische Produktionsweise. Damit bleiben aber inmitten aller sonstigen demokratischen Gleichheit und Freiheit die Ungleichheit des Besitzes und die Unfreiheit der Armen gegenüber den Reichen bestehen, die durch demokratisch-sozialpolitische Gesetze nur gemildert, nicht aber beseitigt werden können. Die Republik, die auf solcher Grundlage aufgebaut ist, kann noch nicht das Reich der Brüderlichkeit und der Gemeinschaft aller sein. Sie hat zwar jene Herrschaftsgegenstände beseitigt, die auf der Gewalt eines absoluten Herrschers oder auf dem Privileg der Stände beruhen, sie hat aber unberührt gelassen, was sie gar nicht ändern wollte und konnte — die Klassengegensätze und damit die ökonomische Herrschaft der Besitzenden über die Besitzlosen, die nicht nur die Grundlage einer politischen Beherrschung des Proletariats ausmacht, sondern oft genug sogar in eine physische Beherrschung desselben ausmündet. Das Bürgertum müßte die Grundlagen seines eigenen Besitzes und damit seines eigenen Reichtums, seiner eigenen Macht freiwillig aufgeben, um die Idee der Republik zu verwirklichen. Das kann es nicht tun und hat es nicht getan und wird es nicht tun. Und so erklärt sich, daß die Idee der Republik für das Bürgertum ihren Glanz verloren hat und daß es aufgehört hat, ihr Vorkämpfer zu sein. Schon 1848 hat es sich zuletzt überall blutig gegen das Proletariat gewendet, als dieses die Revolution auch für sich durchgeführt haben wollte. Und so kam es, daß die gewaltigste geschichtliche Weiterentwicklung der Republik in unserer Zeit, in Aufrichtung der Republik in Deutschland und Österreich nach dem Umsturz, nicht vom Bürgertum, sondern vom Proletariat ausgegangen ist.

Immer wieder muß man, besonders der heutigen Jugend gegenüber, welche die Zustände eines durch Monarchismus und Militarismus in furchtbare Fesseln gefallenen Staates aus eigener Anschauung gar nicht kennt, das Märchenhafte dieses Umsturzes von 1918 hervorheben, der das geschichtliche Werk des Proletariats ist. An Stelle der furchtbaren Militärmonarchien der Hohenzollern und Habsburger, die jahrhundertlang wie ein Alpdruck auf der freien Entwicklung ihrer Länder, ja ganz Europas lasteten, ist mit einem Male das Staatsbürgerrecht getreten, welches die Macht im Staate an sich riß. Die uralten Throne „von Gottes Gnaden“ sind von dem Proletariat Ungnade hinweggesetzt worden, und was noch in den letzten Kriegsmomenten unerschütterlich schien, dieses System des Kaiserturns, gestützt auf Kirche, Junkertum und Militarismus, ist auf Nimmerwiedersehen zerstückelt worden. Wohl darf das Proletariat an jedem Gedenktage des Novemberumsturzes mit Stolz und Freude auf diese seine große geschichtliche Tat zurückblicken. Und wohl darf es diese Republik als seine Republik betrachten, zumal das Bürgertum auch dort, wo es sich mit ihr abgefunden hat, ihr nur mit großer Gleichgültigkeit gegenübersteht. Denn das Geschäft der kapitalistischen Ausbeutung vertritt sich — wie die große amerikanische Republik und die kleine französische deutlich beweisen — schließlich mit jeder Staatsform, die den politischen Einfluß der bürgerlichen Klassen nicht direkt ausschließt oder beschränkt.

Aber gerade weil die Republik in Deutschland und Österreich ein gewaltiges Befreiungswort war, eine Befreiung von jahrhundertlangem Druck des Despotismus und Militarismus, und weil sie ein proletarisches Wort war, deshalb ist es für das Proletariat doppelt nötig, bei der Feier dieser geschichtlichen Tat stets eingedenk zu sein, daß sie noch nicht die wirkliche Befreiung gebracht und noch nicht das eigentliche

Errichtung der Republik in Mitteleuropa ist das staatliche Leben hier erst auf jene Höhe bürgerlicher Demokratie gebracht worden, welche die alten Demokratien von England, Amerika und Frankreich schon seit Jahrhunderten oder Jahrzehnten innehaben — denn das Königtum in England ist ja nur ein traditioneller Aufputz. So wie sich reiche Leute gerne mit antiken Möbeln statteten und mit einer alten Augustube prunkten, so ist das englische Königtum das antike Biedermeierzimmer der englischen Bourgeoisie.

Wenn also das Proletariat am zehnten Jahrestag des Umsturzes sich stolz zur Republik bekennt und wenn es diese stets entschlossen verteidigen wird, so müssen wir doch zugleich immer das klare Bewußtsein haben, daß unser eigenes Werk noch zu schaffen ist und wir diese Republik nur als Mittel zu ihm verteidigen. Unter eigentliches Werk — das ist die sozialistische Republik. Sie erst kann wirklich der Idee der Republik entsprechen. Denn sie schafft auch noch die ökonomischen Unterschiede, die Klassengegensätze ab und bewirkt dadurch erst die wirkliche Gleichheit und Freiheit der Menschen, nämlich freie und gleiche Lebensbedingungen für alle. Aber dies wird nur möglich durch einen neuen Umsturz, durch die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Jetzt verstehen wir, wieso die Idee der Republik mit der des Sozialismus zusammenfließen konnte: die Idee der Republik kann erst verwirklicht werden durch den Sozialismus, der Sozialismus wird geschichtliche Realität als sozialistische Republik.

Zu diesem Ziele führt nur der Kampf, der Klassenkampf des Proletariats gegen das Bürgertum, der Kampf des Sozialismus gegen die ökonomische Ungleichheit. Die Idee der Republik ist daher für uns von dem Aufruf zum unaufhörlichen, das Ziel des Sozialismus nie außer acht lassenden Klassenkampf untrennbar. In diesem Sinne kann daher die Idee der Republik auch der Kampftruf des Sozialismus sein und bleiben, wenn man versteht, daß sie hinausweist über die demokratische Republik, in der noch kapitalistische Ausbeutung möglich ist, zur sozialistischen Republik, die endlich die Solidarität aller begründet wird. So verstand auch der Dichter des Jubelliedes auf die Republik, der Freund von Karl Marx, bereits die Republik und so müssen wir sie verstehen:

Von heute an — die Republik!
Zwei Lager nur auf Erden:
Die Freien mit dem kühnen Blick,
Die Sklaven, um den Hals den Strick!
Sei's! Mag's entschieden werden!
Die Republik! Die Republik!
Vive la république!

Lied des Kriegsinvaliden

Jetzt heb' ich an zu singen
das Lied der Lieder mein:
Lieb Vaterland, magst ruhig
ja ganz beruhigt sein!

Nur einmal und nie wieder
war ich so jung und dumm,
ich mußte es grausam büßen,
nun bin ich lahm und krumm.

Nun kann ich hungern und betteln
und drehorgeln dazu;
die Spießer wandeln vorüber
gelassen in Seelenruh.

Du aber, junger Bruder,
besinn bei Zeiten dich!
Du hast noch grade Glieder,
sei nicht so dumm wie ich!

(S. J. im „Andern Deutschland“.)

Arbeitslohn und Warenpreis

Aber dieses Kapitel ist zwar schon viel geschrieben worden. Da aber die Unternehmer nicht davon lassen, dieses gar zu bequeme Trugstück immer wieder in die Lohnverhandlungen hineinzutragen und da es wie faum ein zweites geignet ist, zu verwirren und in die Irre zu führen, so müssen auch wir von Zeit zu Zeit immer wieder darauf zurückkommen.

Klingt es doch in der Tat so einleuchtend und selbstverständlich wie nur möglich: Die Gehälter und Löhne, die ein Unternehmer an seine Angestellten und Arbeiter zahlt, gehören zu seinen Geschäftskosten, machen sogar einen wichtigen Teil davon aus. Nach der Höhe der Geschäftskosten aber bemisst er seine Verkaufspreise. Müssen also nicht, wenn die Kosten wachsen, die Verkaufspreise gewissermaßen „von selbst“ ebenfalls wachsen? Und haben nicht folglich die Unternehmer recht, wenn sie bei jeder geforderten Lohnerhöhung warnen: Wer weiß, ob ihr für die höheren Löhne nicht schließlich weniger zu kaufen kriegt als zuvor für die niederen?

Wie sich gebührt, wollen wir, zwecks näherer Untersuchung der Sache, zunächst die Tatsachen sprechen lassen. Wir wollen einmal nachsehen, wie sich im Laufe der letzten vier bis fünf Jahre, bis zur Inflation zurück, die Preise der Waren und die Löhne der Arbeiter geändert haben. Dann muß sich ja zeigen, ob und was für ein Zusammenhang zwischen ihnen besteht. Laut amtlicher Statistik betrug der

	Jahres der Lebenshaltung	Gehälter	Wochenlohn der Angestellten
Januar 1924	124,0	28,60 M	24,20 M
„ 1925	135,5	38,80 „	28,95 „
„ 1926	139,0	46 „	34,05 „
„ 1927	144,5	46,35 „	34,45 „
„ 1928	150,8	49,92 „	37,45 „
August 1928	153,5	51,63 „	38,26 „
Zunahme in der ganzen Zeit + 21,8 vH + 80,8 vH + 60,4 vH			

In den 4 1/2 Jahren sind demnach die Arbeitslöhne um 70 bis über 80 vH gestiegen, die Preise aber nur um knapp 22 vH. Wenn aber jener, von den Unternehmern behauptete Zusammenhang zwischen Lohn und Preis wirklich vorhanden wäre, dann müßten offenbar die Preise stärker steigen als die Löhne. Wie kalkuliert denn der Unternehmer? Er rechnet alle ihm ent-

Gewerbszweige üblichen „angemessenen“ Profit. Machen wir uns an einem Beispiel klar, wie das in der Praxis aussieht. Geseht den Fall, der übliche Profit betrage 25 vH. Dann verkauft der Unternehmer eine Ware, die ihm insgesamt 100 M gekostet hat, für 125 M. Wenn nun — unter jenen 100 M Gesamtkosten — der Arbeitslohn 20 M ausgemacht hat und um 10 vH gesteigert wird, so wächst er auf 22 M. Steigt dann der Verkaufspreis auch nur um 2 M? Wird die Ware für 127 M verkauft? Keineswegs. Sondern es steigt die Summe der Selbstkosten des Unternehmers auf 102 M, und hierauf schlägt er seine 25 vH Profit, so daß ein Verkaufspreis von 127,50 M herauskommt. Mit anderen Worten, die Verkaufspreise müßten noch mehr steigen als die Löhne und überdies würden die Unternehmer an den gesteigerten Löhnen noch einen Sondergewinn machen. Es könnte ihnen also nichts lieber und willkommener sein, als fortgesetzte möglichst große Lohnerhöhungen! Je höher die Löhne, desto höher die Profite, müßte es dann heißen. Wäre etwas an dem Gerede von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, hier müßte es sich erweisen. Einträchtig müßten Kapital und Arbeit nach ständiger Steigerung der Löhne streben.

Die rauhe Wirklichkeit zeigt das gerade Gegenteil. Mit allem Eifer suchen die Unternehmer die Löhne niederzuhalten, und in den 4 1/2 Jahren sind die Löhne 3 1/2 bis 4 mal so stark gestiegen wie die Preise. Berlegt man aber den langen Zeitraum, so ist von Übereinstimmung zwischen Löhnen und Preisen überhaupt keine Rede. Von Januar bis Juli 1924 sind die Löhne ziemlich stark gestiegen, die Preise gar nicht. In den folgenden sechs Monaten stiegen die Löhne viel weniger stark, die Preise weit stärker. In der zweiten Hälfte des Jahres 1925 sind die Löhne weiter gestiegen, die Preise aber gesunken. Unmittelbar darauf das gerade Gegenteil: sinkende Löhne und steigende Preise usw. Nirgend eine Spur von Übereinstimmung und — was für die Praxis das wichtigste ist — die Arbeiter haben durch aus keine Sicherheit, daß bei stehenbleibenden oder sinkenden Löhnen die Preise nicht trotzdem steigen.

In Wahrheit spielen sich die Dinge eben in umgekehrter Folge ab. Nicht die Löhne geben den Anstoß, sondern die Preise: weil die Lebenshaltung teurer wird, deshalb müssen Arbeiter und Angestellte versuchen, ihre Einkünfte zu erhöhen. Und das gelingt ihnen bei weitem nicht in dem Maße, wie es nach der obigen Zahlenreihe scheint. Denn darin steckt noch eine Menge tückischer Dinge. Die bloße Geldsumme, die der Arbeiter in die Hände bekommt, müßte zwar entscheidend sein für die Höhe der Preise, wenn ein solcher Zusammenhang überhaupt bestünde; aber für den Arbeiter selbst hat sie wenig zu bedeuten. Alles kommt darauf an, wieviel Waren er dafür kaufen kann. Und das wiederum hängt ab von der Höhe der Preise. Hier sehen wir mit aller Deutlichkeit, daß nicht der Lohn den Preis bestimmt, sondern gerade umgekehrt der Preis den Lohn. Die Steigerung der Preise zwingt den Arbeiter, um Lohnsteigerung zu sorgen; die Höhe der Preise bestimmt, wieviel der Lohn in Wahrheit wert ist. Daher ist auch die Lohnsteigerung in jenen 4 1/2 Jahren in Wirklichkeit viel kleiner gewesen. Wenn man auf Grund des amtlichen Index ausrechnet, wieviel die Arbeiter jeweils für ihre Löhne kaufen konnten, so ergibt sich als reale Kaufkraft der Arbeitslöhne:

	Gehälter	Wochenlohn
Januar 1924	22,60 M	19,20 M
„ 1925	28,85 „	21,35 „
„ 1926	38,10 „	24,50 „
„ 1927	32,10 „	23,20 „
„ 1928	33,05 „	24,85 „
August 1928	33,57 „	25,53 „
Zunahme in der ganzen Zeit + 48,7 vH + 33,3 vH		

In Wahrheit, in seiner Kaufkraft ist demnach der Arbeitslohn in den 4 1/2 Jahren seit der Inflation nur ungefähr halb so stark gewachsen, wie die bloßen Geldsummen es erscheinen lassen. Scheinbar ist das immer noch sehr viel mehr als die Verteuerung der Lebenshaltung, und ich höre schon, wie das Unternehmertum dies als Beweis anführt, daß die Gesamtlage der Arbeiterschaft eben doch unter ihrer scheinbaren kapitalistischen Geschäftsführung immer besser wird. Das trifft schon deshalb nicht zu, weil ja hier nur vom Arbeitslohn die Rede ist, nicht von der Arbeitslosigkeit, nicht von dem gesteigerten Straußwand. Auf alle Fälle widerstreitet es der Behauptung, daß steigende Löhne unfehlbar steigende Preise nach sich ziehen müssen. Es würde schlagend beweisen, daß die Lohnerhöhungen keine entsprechende Preissteigerung herbeigeführt haben.

Leider jedoch wird es uns so gut nicht. Wir müssen daran denken, daß der Index der Lebenshaltungskosten bekanntermaßen falsch ist. Die Preise sind sicher weit mehr gestiegen, als er erkennen läßt. Wieviel, das können wir freilich, da es an den statistischen Unterlagen fehlt, nicht mit Sicherheit sagen. Segen wir den Fall, es wäre doppelt so viel, dann kämen wir zu dem Schlussergebnis, daß es den Arbeitern — soweit sie beschäftigt sind — eben gerade mit Mühe und Not gelungen ist, den steigenden Preisen zu folgen und ihre Lebenshaltung vor dem Geradsinken zu bewahren. Ob aber so ist, ob nicht in Wahrheit doch die proletarische Lebenshaltung (es ist immer nur von den Beschäftigten die Rede) sich verschlechtert hat, das läßt sich aus diesen Zahlen allein nicht ermitteln.

Arbeitslosigkeit in Moskau

Wie der Ernd (Nr. 248) berichtet, zählte man bei der moskauer Arbeitsvermittlungsstelle (Arbeitsbörse) am 1. Oktober d. J. 241 675 registrierte Erwerbslose, das heißt um 46 vH mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der Erwerbslosen in der sogenannten Industriegruppe hat sich im Laufe des Jahres um 85 vH erhöht und die der nichtindustriellen Gruppe um 39 vH. Auch die Zahl der als erwerbslos registrierten Arbeiter des Verkehrsgewerbes hat um 32 vH zugenommen und schließlich die Gruppe der Hilfsarbeiter (Schwarzarbeiter) um 45,5 vH.

In der Gesamtzahl der Erwerbslosen machen die Gewerkschaftsmittelglieder 55,2 vH aus. Die Zahl der Frauen beträgt 53,4 vH, die Zahl der Jugendlichen 18 vH. Von den 264 456 Arbeitslosen, die in der Zeit von April bis September eingetragen worden sind, sind 63 539 Personen infolge der Einschränkung des Personalbedarfes arbeitslos geworden. 3358 haben infolge von Rationalisierungsmaßnahmen ihre Arbeitsstellen eingebüßt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften erstreckt sich in der Hauptsache auf Arbeiter, die nur zeitweilig eingestellt werden sollen. Von den 264 456 Stellen, die in der Zeit von April bis September durch die Arbeitsbörse besetzt worden sind, entfielen 351 057 auf zeitweilig eingestellte Arbeiter.

Wie aus diesen Mitteilungen zu ersehen ist, hat die Erwerbslosigkeit in Moskau in der letzten Zeit eine starke Vermehrung erfahren. Besonders auffallend ist die große Erwerbslosigkeit unter den Industriearbeitern und vor allem die Steigerung, die diese Erwerbslosigkeit im Laufe des Jahres (85 vH!) erfahren hat.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-

